

10 Prekäre Repräsentationen zwischen Widerstand und Eigensinn

10.1 Teilnahme zwischen Mitmachen, Widerstand und Nicht-Nutzung

Das *Wie* der Teilnahme an den Veranstaltungen kann ganz unterschiedlich sein. Die diversen »Figuren der Teilnahme« (Jergus 2014), also etwa das Involviertsein, das Anteilnehmen, das Sich-Einlassen, das Anwesendsein, aber auch das Opponieren oder das Sich-Zurückziehen rahme ich als »soziales Geschehen« (ebd.: 115, Herv. im O.). Das bedeutet, dass es nicht allein vom Wollen und der Intention der Anwesenden abhängt, wie sie sich dort bewegen und sich einbringen, sondern es handelt sich hier um eine »interdependente Figuration« (ebd.: 115). Denn die Teilnehmenden führen ihre Praktiken der Teilnahme, wie bereits gezeigt wurde, nicht unabhängig von den gesellschaftlichen Strukturen und institutionellen Arrangements auf, die die Situation mit konstituieren und mit denen sie auch unabhängig von der konkreten Situation ihre Erfahrungen gemacht haben. Und so ist der Fokus auf die Teilnahme auch ein Fokus auf einen konfliktären Aushandlungsprozess, »in welchem die Möglichkeiten und Erfordernisse des Anteils bzw. der Beteiligung situativ und praktisch hergestellt werden« (ebd.: 115). Konsequent gedacht ist bereits die Entscheidung für oder gegen die Teilnahme Ergebnis eines Aushandlungsprozesses.

Widerstände sind wichtige Momente, weil sie einerseits darauf verweisen, dass Menschen die Subjektivierungsangebote nicht annehmen, weil sie ihnen nicht stimmig, nicht wahr oder nicht richtig erscheinen. Das Vorhandensein von Widerständen verweist auf das Vorhandensein von Machtverhältnissen, denn »[w]o es Macht gibt, gibt es Widerstand« (Foucault 2017[1977]: 96). Sie sind innerhalb von Machtbeziehungen anzusiedeln und daher im Sinne eines Erkenntnisinstrumentes geeignet, um diese sichtbar zu machen (Foucault 2005: 273). So kann der Widerstand fokussiert werden, »jedoch nicht, um ihn als das Andere der Macht auszuzeichnen, sondern vielmehr, um auf diese Weise das Ganze der Machtbeziehungen als solche erkennen zu können« (Demirović 2008: 18). Als Widerstand werden hier nicht nur die intentionalen und zielgerichteten Akte von Widerstand im engeren Sinne gefasst, sondern der Begriff wird geweitet hin zu einer »funktionalistisch orientierten und daher moralisch neutraleren Betrachtungsweise«

(Hechler/Philipps 2008: 8). Das heißt, auch »[n]icht legitimierte, wenig riskante, nicht als Widerstand intendiertes Verteidigen, Nutzen oder Schaffen von Handlungsspielräumen, zumeist: abweichendes, oft alltägliches und banales Verhalten« (ebd.: 8) wird unter dem Begriff des Widerstandes zusammengefasst. So sind auch gemeinhin als eigensinnig oder widerspenstig bezeichnete Verhaltensweisen mit der Bezeichnung als widerständig einzufangen. Ohne also von einem »Ort der Großen Weigerung – [der] Seele der Revolte, [dem] Brennpunkt aller Rebellionen, [dem] reine[n] Gesetz des Revolutionärs« (Foucault 2017[1977]: 96) zu sprechen, werden im Folgenden einzelne Widerstände in Situationen veranstalteter Partizipation fokussiert: »mögliche, notwendige, unwahrscheinliche, spontane, wilde, einsame, abgestimmte, kriecherische, gewalttätige, unversöhnliche, kompromißbereite, interessierte oder opferbereite Widerstände, die nur im strategischen Feld der Machtbeziehungen existieren können« (ebd.: 96).

Die Praktiken von Widerstand und Eigensinn der Alltagsakteur_innen bewegen sich im Spannungsfeld von Nutzung und Nicht-Nutzung. Praktiken des Sich-Entziehens, des Verlassens, des Nicht-Wiederkommens (als relativ eindeutige Formen der Nicht-Nutzung), aber auch *zwischen* Nutzung und Nicht-Nutzung sich verortende Praktiken werden hier mit Blick auf das darin eingelagerte kritische Potenzial als widerständige und eigensinnige Praxis gerahmt. So kann die Perspektive *from below*, auf die sich die (Nicht-)Nutzungsforschung beruft, aufzeigen, wie die Alltagsakteur_innen mit den Anforderungen, die die veranstaltete Partizipationspraxis an sie stellt, umgehen. In widerständigen Praktiken finden sich Hinweise auf die aus der hegemonialen Repräsentation ausgeschlossenen, häufig namenlosen Reproduktionsstrategien der Alltagsakteur_innen.

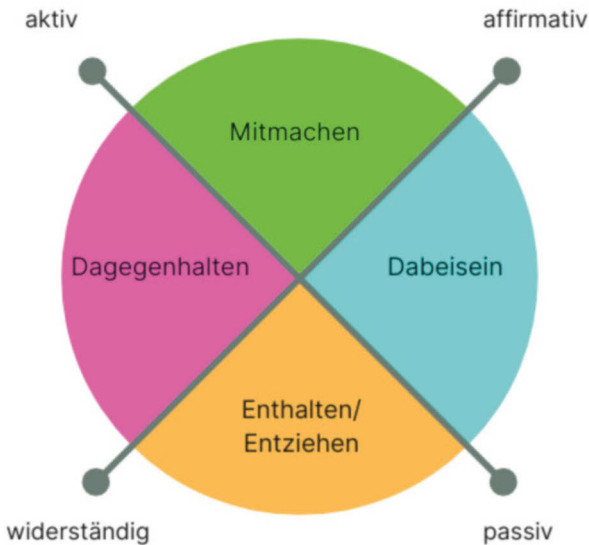
10.2 Bearbeitungsweisen der Situation durch die Alltagsakteur_innen

Im Verlauf des Kapitels wird entlang empirischer Beispiele aufgezeigt, in welchen Spielarten Widerstand und Eigensinn vonseiten der Alltagsakteur_innen, also derjenigen Teilnehmenden, die nicht in erster Linie in einer professionellen Rolle in Situationen veranstalteter Partizipation dabei sind, aufgeführt werden. Widerstand und Eigensinn verweisen stets nicht nur auf den Gegenstand, auf den sich die Kritik bezieht, sondern sagen auch immer etwas über die Subjekte selbst aus. In der sozialen Arena müssen stetige Kämpfe um Deutungen und Ressourcen angenommen werden. Mit dem Fokus auf Widerstand und Eigensinn werden im Folgenden kollektive Praktiken der Repräsentation ebenso in den Blick genommen wie vereinzelte Praktiken von Alltagsakteur_innen in den benannten »kleinen« Widerständen.

Zu Beginn soll ein Überblick über die Bearbeitungsweisen der Alltagsakteur_innen in Situationen veranstalteter Partizipation geworfen werden – zunächst sowohl widerständig als auch affirmativ. Diese auf den empirischen Beobachtungen basie-

rende Unterscheidung dient als »idealtypisches Orientierungsmittel« (Weber 1988: 536) und ist »lediglich ein technischer Behelf zur Erleichterung der Uebersichtlichkeit und Terminologie« (ebd.: 537).

Abbildung 12: Bearbeitungsweisen der Alltagsakteur_innen zwischen Affirmation und Widerstand



Quelle: eigene Darstellung

Es sind vier Dimensionen von Praktiken zu unterscheiden: 1. Mitmachen, 2. Dabeisein, 3. Dagegenhalten, 4. Enthalten/Entziehen (siehe Abbildung 12).

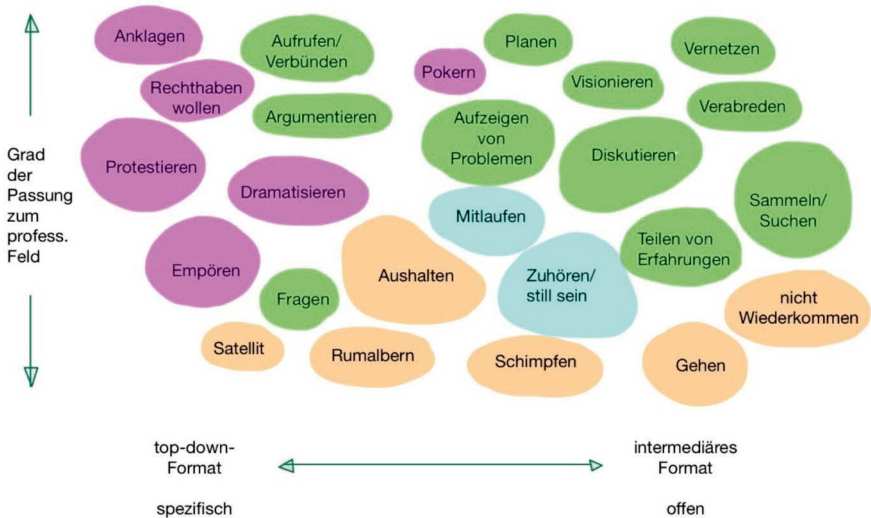
In der ersten Dimension werden jene Arten von Praktiken zusammengefasst, die unter den Begriff des *Mitmachens* subsumiert werden können, z.B. das Eigene anzusprechen, auf ein Problem hinzudeuten, gezielte Fragen zu stellen, das Geplante in seinem alltagsweltlichen Kontext zu verorten, zu argumentieren, einzuwirken auf Änderungen, Verabredungen einzufordern und insgesamt also im hegemonialen Sinne engagiert, interessiert und informiert aufzutreten. In der zweiten Dimension versammeln sich Praktiken, die als *Dabeisein* bezeichnet werden. Dies bedeutet etwa, die Veranstaltung interessiert zu verfolgen, sich an Abfragen zu beteiligen, zu beobachten, insgesamt aber eher Abstand zu halten. Mit der dritten Dimension (*Da-*

gegenhalten) werden jene Praktiken zusammengefasst, die als dezidiert widerständig gerahmt werden können und meist auf ein konkretes Problem hinweisen: das heißt, etwa schon mit einem Protestbanner zu erscheinen und spontan zu demonstrieren, sich selbstbewusst zu Wort zu melden und deutliche Worte des Widerstands zu finden, gemeinsam in einer Gruppe zu erscheinen, dazwischenzurufen, die Rede immer wieder an sich zu ziehen und sich als kritische und mit Macht ausgestattete Gesprächspartner_innen zu inszenieren. Die vierte Dimension schließlich umfasst die Bearbeitungsweisen der Situation, die demgegenüber unklar erscheinen und eher nicht-sprachlich vollzogen werden. Diese Praktiken werden als *Enthalten* oder *Entziehen* bezeichnet, z. B. gar nicht erst zu erscheinen, am Rand zu stehen und mit Distanz zu beobachten, wieder zu gehen, still zu erdulden, still zu protestieren, sich lustig zu machen, kritische Kommentare zu äußern, vereinzelte wütende Rufe loszulassen oder auch die eigene Hilflosigkeit zu markieren.

Es zeigen sich Unterschiede in den Bearbeitungsweisen in Abhängigkeit davon, ob es sich um Alltagsakteur_innen ohne institutionelle Anbindung, professionelle Akteur_innen oder Aktive aus städtischen Initiativen handelt. Die Abbildung 13 zeigt verschiedene Bearbeitungsweisen der Situation, welche die Teilnehmenden in den Situationen aufführen. Sie sind entlang der Frage angeordnet, in welchem Maße die Subjekte in Passung zu den Regeln der veranstalteten Situation gehen (in der Abbildung als Passung zum professionalisierten Feld bezeichnet). Dabei kann unterschieden werden zwischen eher top-down-orientierten und intermediären Formaten. Des Weiteren sind sie tendenziell in ihrem quantitativen Vorkommen abgebildet – je größer, desto häufiger (freilich eine situierte und subjektive Reflexion). Schließlich verweisen die farblichen Markierungen auf die oben herausgearbeitete Darstellung der Bearbeitungsweisen der Alltagsakteur_innen zwischen Affirmation und Negation: Dabei ist das *Mitmachen* (1.) grün dargestellt, das *Dabeisein* (2.) blau, das *Dagegenhalten* (3.) pink und das *Enthalten/Entziehen* (4.) orange.

Im Folgenden sollen ausgewählte widerständige/eigensinnige Praktiken der Alltagsakteur_innen entlang empirischer Beispiele erläutert werden. Diese stehen gleichsam exemplarisch für die verdichtete Beobachtung der Praxis. Ziel der Darstellung ist eine Sensibilisierung für verschiedene Spielarten von Widerstand und Eigensinn in Situationen veranstalteter Partizipation. Mit Blick auf die Perspektivierung der Nutzbarmachung der Erkenntnisse für die Soziale Arbeit werden dabei besonders die leiseren, indifferenteren Bearbeitungsweisen betont. Die Ausführungen werden schließlich entlang der Frage nach der Prekarität der Repräsentationen eingeordnet.

Abbildung 13: Praktiken der Alltagsakteur_innen zwischen Passung, Widerstand und Eigensinn



Quelle: eigene Darstellung

10.3 Nicht Kommen

Es ist nicht möglich, in Situationen veranstalteter Partizipation mit jenen ins Gespräch zu kommen, die nicht da sind. Im Vorfeld und am Rande der Veranstaltungen haben wir Menschen jedoch durchaus einen Einblick in ihre Gedanken zur Frage, ob teilnehmen oder nicht, gegeben. Dabei erscheint es für diejenigen, die sich für die Nicht-Nutzung entscheiden, keine Frage des fehlenden Interesses zur Thematisierung des Politischen oder des Sozialen bzw. zur Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung. Vielmehr scheinen Skepsis, unklare Vorstellungen oder schlechte Erfahrungen mit vorgängigen Situationen veranstalteter Partizipation eine Rolle zu spielen, aber auch ein aufwendiger Alltag, der eine Teilnahme aus Ressourcen Gründen nicht erlaubt. Darüber hinaus muss auch die Dimension des expliziten Ausschlusses von Alltagsakteur_innen aus Situationen veranstalteter Partizipation mitberücksichtigt werden, etwa, wenn auf einer Veranstaltung zum Stadtteilentwicklungskonzept, das in einem Jugendzentrum im Stadtteil durchgeführt wird, die Jugendlichen, die den Raum ansonsten nutzen, nicht eingeladen sind und stattdessen im wahrsten Sinne des Wortes »draußen« bleiben müssen (Beobachtungsprotokoll »Stadtteil«).

Krug und Corsten (2010) haben den Zusammenhang von Nicht-Engagement¹ und Eigensinn herausgearbeitet. Eigensinnigem Verhalten ordnen sie dabei eine Form selbstbezüglichen, selbstbestimmten Handelns zu. Eigensinn verleihe »dem Inneren des Akteurs gleichsam eine Stimme, auf den Sinn des eigenen Erlebens und Handelns zu hören und zu versuchen, sich darüber in seiner Eigenart zu bestimmen« (ebd.: 43). Im Verständnis von Selbstbestimmung als Wechselverhältnis von »*sich zu bestimmen* und *sich bestimmen zu lassen*« (ebd.: 43, Herv. i. O.) kann Nutzung oder Nicht-Nutzung von Engagement-Angeboten also als eine Entscheidung oder eine Selbstfestlegung der Akteur_innen gefasst werden. Dabei bestimmen sie zwei unterschiedliche Sinnebenen bezüglich der Entscheidung für eigenes bürgerschaftliches Engagement: den »*Wir-Sinn*« als soziale Praxis und das »*fokussierte[.] Motiv*« (ebd.: 44, Herv. i. O.) als Form der Selbstfestlegung, wie das eigene Leben gelebt werden soll. In Abhängigkeit von Lebensarrangements und Rahmungen des Lebensvollzugs ergäben sich unterschiedliche Konstellationen, die es (un)wahrscheinlicher machten, dass Menschen sich bürgerschaftlich (im Sinne von zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung zu aktivierende Subjekte) engagierten (ebd.: 44). Menschen, die sich demgemäß nicht engagierten, wiesen besondere Gründe auf, die auf den gesellschaftlichen Strukturen und ihren dahingehenden Lebenserfahrungen fußten. Zentral für diese Arbeit ist die Erkenntnis, dass Nicht-Engagierte mittels der »Form einer Selbstdistanzierung [...] über ein Gespür für die Instrumentalisierbarkeit ihrer Handlungen [verfügen]« (ebd.: 60). So wird nicht nur eine über die individuelle Perspektive hinausgehende kritische Einordnung durch die Forschenden vorgenommen, sondern auch in analytischer Hinsicht eine beobachtbare eigensinnige, distanzierende Praxis der Alltagsakteur_innen in von institutionellen Routinen durchzogenen Situationen nahegelegt. Alisch und May (2010) betonen auf Basis ihrer Forschungserkenntnisse in der partizipativen Sozialraumentwicklung und -organisation (May/Alisch 2008), dass es ein »Grunddilemma« (Alisch/May 2010: 65) bezüglich der Selbstorganisationsversuche von Marginalisierten gebe, »dass nämlich der Wille zur Selbstorganisation bei ihnen zunächst negativ bestimmt ist, als Ablehnung jeglicher Fremdherrschaft und Fremdverfügung« (ebd.: 65). Eigensinn gehe damit einher mit einem Gespür für Fremdherrschaft und Instrumentalisierung. Aus dialektischer Perspektive ist eigensinniger Widerstand als Praxis subjektiver Selbstbehauptung zu werten, der sich im Raum zwischen Subjekt und Struktur in der Situation bildet. Eigensinn ist demnach »keine »natürliche« Eigenschaft, sondern entsteht aus bitterer Not; er ist der auf einen Punkt zusammengezogene Protest gegen Enteignung, Resultat der Enteignung der eigenen Sinne, die zur Außenwelt führen« (Negt/Kluge 1981: 766). Er lässt sich als interessegeleitetes Einmischen und Beharren »angesichts von außen gesetzter Anforderungen,

1 Im Sinne der herrschenden Vorstellung, was unter bürgerschaftlichem und freiwilligem Engagement zu verstehen ist, siehe etwa Simonson, Vogel und Tesch-Römer (2017).

verordneter Regelungen und hergestellter Ordnungen« (Stehr 2013: 349) verstehen. Das heißt für die vorliegende Arbeit, dass davon ausgegangen werden kann, dass Alltagsakteur_innen, die gar nicht erst zu Situationen veranstalteter Partizipation kommen, sensibilisiert sind für Praktiken der Vereinnahmung, »die den eigenen Interessen und Zielen entgegenstehen« (ebd.: 349). So können Bemerkungen wie etwa »Das bringt eh nix« (In-vivo), »Was soll ich da?« (In-vivo) oder ein kopfschüttelndes Abwinken als Antwort auf die Frage, warum man die Situation veranstalteter Partizipation nicht besuche, als Ausdruck eigensinniger Selbstbestimmung gegen Praktiken der Instrumentalisierung gewertet werden.

10.4 Räumlich Distanzieren

In den folgenden Ausführungen soll es darum gehen, für den räumlichen Abstand zwischen Alltagsakteur_innen und professionellen Akteur_innen als Hinweis auf die Hervorbringung einer sozialen Distanz zwischen diesen zu sensibilisieren und diese Praxis in den Kontext von Eigensinn und Widerstand der Alltagsakteur_innen einzuordnen. In den Beobachtungssituationen und in eigenen autoethnografischen Reflexionen wird klar, dass die räumliche Distanzierung eine Möglichkeit für Alltagsakteur_innen darstellt, auch sozial-emotional bzw. inhaltlich-programmatisch auf Distanz zu bleiben. Ein Beispiel, dessen Setting auch bereits an anderer Stelle thematisiert wurde (Abschnitt 8.2.2 »Klassiker der Raumgestaltung veranstalteter Partizipation«), soll dies verdeutlichen. Es handelt sich um eine Veranstaltung zum Stadtentwicklungskonzept sowie zu einem Sanierungsvorhaben in einem Wohngebiet, zu der etwa siebzig Teilnehmende gekommen sind. Die Raumgestaltung ist frontal und die Teilnehmenden sitzen in Reihen hintereinander. Die organisatorisch und institutionell involvierten Akteur_innen haben sich räumlich vorn in der Nähe der Leinwand und der Moderation platziert.

Ich setze mich in den hinteren Bereich der Reihen an die Seite. Sogleich wird mir freundlich eine schwarze Fleece-Decke von einer am Rand stehenden Frau angeboten, die ich freundlich ablehne. Etwa 70 Menschen sind anwesend. In den vorderen Reihen links des Mittelganges sitzen geballt etwa 20 Menschen. In der letzten Reihe rechts des Mittelganges sind alle sechs Plätze belegt. Auf diesen sitzen Männer in Arbeitskleidung, Baugewerbe, dicke Arbeitsjacken, breitbeinig (in der Folge: »Handwerker«). Auf der linken Seite im hinteren Drittel sitzen neun ältere Damen beisammen verteilt auf drei Reihen – vorn zwei Frauen, die ich auf Mitte achtzig schätze. Sie halten ihre Handtaschen auf ihren Schößen und blicken nach vorn. Dahinter drei Damen Mitte sechzig/Anfang siebzig, dahinter wiederum vier Frauen im etwa gleichen Alter. Sie scheinen sich zu kennen, blicken einander ab und zu an, scherzen. Eine hat eine blaugrüne Decke auf ihren Schoß und über die Beine gelegt. Ansonsten verteilen sich Zweier- und Dreiergrüppchen, häufig

Pärchen von Männern und Frauen, locker in den Reihen. Auch einzeln sitzen einige. Schräg hinter mir sitzt ein älteres Pärchen um die siebzig. Sie notiert etwas in ein kleines Notizheft. (Beobachtungsprotokoll »Wohnen«: Z. 53–67)

Im Folgenden wird die Gruppe der »Handwerker« in ihrem räumlichen Nutzungsverhalten näher betrachtet. Sie stellen die räumliche Distanz mit ihren Körpern aktiv her, denn sie hätten durchaus auch in den vorderen Bereichen Platz gefunden. Sie befolgen zwar die Ordnung (indem sie auf den für die Teilnehmenden vorgesehenen Plätzen sitzen), gleichsam dehnen sie dieses erwünschte Maß bis an den im wörtlichen Sinne äußersten Rand: sie sitzen ganz hinten, ganz außen. Das Wechselspiel unterschiedlicher Strategien kann hier rekonstruiert werden als das Annehmen des Ordnungsrahmens bei gleichzeitiger Suchbewegung danach, wie das Subjekt bei sich selbst (eigensinnig) bleiben kann. Dass sie sich ganz nach hinten setzen, ist kein Zufall, sondern kann aus einer machtsensiblen Perspektive als Praktik der Symbolisierung von kritischem Abstand und gegen herrschaftliche Vereinnahmung durch eben dieses Herstellen räumlicher Distanz eingeordnet werden. Diese Praxis verweist ferner auf die Dimension impliziten Körperwissens. Es fühlt sich besser an, diese Distanz zu wahren (sonst würde man sich weiter vorn platzieren). In einer Theatervorführung etwa, auf die man sich freut, würde man sich freiwillig wohl eher nicht in die letzte Reihe setzen. Immer da jedoch, wo es Differenzen gibt, Nicht-Identisches zum Subjekt, kann mit Praktiken der räumlichen Distanzierung subjektiver Sinn produziert werden. Es liegt also eine gewisse eigensinnige Schläue im Platzierungsverhalten der »Handwerker«.

Die Distanz ermöglicht erstens, dass man sich zurückziehen kann, dass man autonom bleibt und die Möglichkeit behält, sich mit der sozialen Gruppe, mit der man erschienen ist, auszutauschen. Sie ermöglicht zudem Handlungsfähigkeit – z. B. ein Spaßchen machen zu können und dabei nicht gleich entdeckt zu werden oder auch, dass man gehen kann, ohne aufzufallen. Das heißt die Praxis räumlicher Distanzierung bringt Autonomie hervor und sichert die Souveränität über den eigenen Körper und die eigenen Sinne. Zweitens ermöglicht sie eine soziale Distanzierung bezüglich des Zugriffs durch professionelle Akteur_innen: Wer sich weiter nach vorn setzt, läuft Gefahr, angesprochen und nach der eigenen Position gefragt zu werden. Wer also prinzipiell Interesse hat, im Rahmen der Veranstaltung Informationen zu bekommen, die einem sonst nicht zur Verfügung stünden, sonst aber eher nicht in Erscheinung treten möchte, bleibt räumlich – und damit sozial – auf Distanz. Diese Sitzpositionierung wirkt sich demnach auf das Aushandlungsverhältnis zwischen Alltags- und professionellen Akteur_innen aus.

Aus einer machtsensiblen Perspektive kann das asymmetrische Verhältnis zwischen den sozial unterschiedlich positionierten Subjekten in den Blick genommen werden. So erscheinen die räumlichen Distanzierungspraktiken der subalternen Alltagsakteur_innen, die auf die hegemoniale frontale Inszenierung gewisserma-

ßen antworten, als Differenzierungspraxis zwischen ›denen da vorn‹ und ›uns hier hinten‹. Würden sie weiter vorn sitzen, wäre diese gesetzte Unterscheidung gefährdet. Die »Handwerker« gehen in Distanz zu den Anrufungen, sich als interessierte Bürger_innen hier einzubringen. Es geht um die Arbeit, sich selbst überhaupt in der Situation ertragen zu können. Das Sitzen in der hintersten Reihe ist der Kompromiss, der eine Teilnahme für das Subjekt möglich erscheinen lässt. In der Situation bearbeiten die Alltagsakteur_innen das subjektive Verhältnis zwischen dem Zwang zur körperlichen Präsenz und der Chance zur Informationsgewinnung und Repräsentation. Sie können sich der Herausforderung, sich selbst in irgendeiner Form zu zeigen, nicht entziehen. Somit ist die Platzierung in der hintersten Reihe eine Art körperlich hergestellter Kompromiss zur subjektiven Aushandlung zwischen Nutzung und Nicht-Nutzung. Es wird deutlich, dass die Platzierung in der letzten Reihe weniger als Rückzug, Schüchternheit oder Vorsicht zu betrachten ist, sondern aus einer subjektorientierten Sichtweise die Bedingung für die Teilnahme darstellt.

Interessant sind diese Erkenntnisse auch vor der Folie, dass frontale Formate in der Regel nicht als niedrigschwellig bezeichnet werden und Methodenbücher gemeinhin eher dialogisch ausgerichtete Ansätze für Situationen veranstalteter Partizipation empfehlen (stellv. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin 2012). In der Tat wird hier eine Audienzförmigkeit über die zentrierte Raumgestaltung, welche die Teilnehmer_innen-Subjekte eher passiv-konsumierend platziert, hervorgebracht. An anderer Stelle dieser Forschungsarbeit wurde jedoch herausgearbeitet, dass auch dezentrale, als niedrigschwellig gerahmte, partizipative Formate die eigene »Arbeit an der Partizipation« (Bareis 2012) der Alltagsakteur_innen, also die situierte Herstellung von Handlungsfähigkeit und die Verfügung über gesellschaftlich erzeugte Ressourcen, behindern können. So konnte gezeigt werden (siehe 8.2.3 »Widersprüche räumlicher Inszenierung I: Öffentlichkeit braucht Publikum«), dass die im Rahmen einer Öffentlichkeitsbeteiligung zur Verkehrsberuhigung im Quartier zur Anwendung gebrachte »Galeriemethode« der Legitimationsproduktion der Verwaltungsplanungen dienlich war und von den Alltagsakteur_innen auch als solche markiert wurde. Der Einsatz der Methode beförderte die Alltagsakteur_innen blockierende Praktiken, denn sie hat nicht nur die Foki der inhaltlichen Auseinandersetzung zerstreut, sondern auch das Kollektiv der Anwohner_innen dezentriert, vereinzelt und damit eine gemeinsame widerständige Praxis in der Situation erschwert.

10.5 Widerständiges Sitzen

Körper sind Träger von Wissen, sind »wissende Körper« (Hirschauer 2008b: 977). Sie sind »eine Fläche, die permanent Auskunft gibt« (ebd.: 980). Das heißt, auch

wenn der Sprechapparat abgestellt ist, macht der Körper als »visuelles Kommunikationsmedium« (ebd.: 980) weiter: »Der Mund kann sich schließen, das display bleibt eingeschaltet« (ebd.: 980). Körper in Situationen veranstalteter Partizipation sind häufig sitzende Körper. Die Praxis formt die Körper der Teilnehmenden in spezifischer Weise. Wie es den Körpern dabei geht, darüber geben sie Auskunft. Über die körperlichen Erscheinungen und Widerstände soll es im Folgenden gehen.

Insbesondere in Top-down-Settings gibt es die implizite Regel, dass nur, wer gut informiert ist, sich auch gut beteiligen kann. Das heißt für die Praxis, dass sich vor der Phase, in der die teilnehmenden Alltagsakteur_innen zu Wort kommen können, eine Phase der Information ereignet. Hier werden in der Regel Vorträge gehalten und Powerpoint-Präsentationen oder Filme gezeigt. Durch die Art der Praxis, das Senden von Informationen an eine Gruppe, ergibt sich, dass die Adressat_innen der Sendung aufgerufen sind, zuzuhören. Dies wird mittels materieller Praktiken der Raumgestaltung vorbereitet und unterstützt (siehe 8.2.2 »Klassiker der Raumgestaltung veranstalteter Partizipationspraxis«). Den Beobachtungen zufolge nehmen diese Phasen meist einen veritablen Teil der Veranstaltungen ein (etwa zwischen 30 und 90 Minuten, und sie variieren, je nachdem, ob es eine oder mehrere vortragende Personen gibt). In dieser Zeit hören die Teilnehmenden zu und verüben dabei die passiven körperlichen Tätigkeiten des aufrechten Sitzens und des Stillseins. Sie sind aufgerufen, kognitiv-inhaltlich zu folgen, freilich noch ohne sich selbst einbringen zu können.

Im Folgenden wird erneut das bereits im vorherigen Abschnitt thematisierte Setting der Veranstaltung zum Stadtentwicklungskonzept sowie zu einem Sanierungsvorhaben in einem Wohngebiet als empirisches Beispiel herangezogen. Es geht um die Planungen im Kontext städtebaulicher Verdichtungsvorhaben zur baulichen Erweiterung bestehender Mehrfamilienhäuser. Um dem gestiegenen Bedarf an Wohnraum zu begegnen, sollen die Wohnhäuser um ein Stockwerk erweitert werden. Viele der Anwesenden wohnen in den Häusern, um die es geht. Sie sind im Folgenden eingeladen, den Ausführungen der leitenden Planerin aus der Wohnungsbaugesellschaft zuzuhören. Ihrem Vortrag ging bereits ein anderer recht komplexer Veranstaltungsteil voraus, das heißt, die Teilnehmenden sitzen schon eine ganze Weile auf ihren Stühlen.

»Ja, auch ich möchte Sie nochmal herzlich im Namen der [Wohnungsbaugesellschaft] begrüßen. Ich finde es prima, dass sich trotz des kalten Wetters und der Weihnachtszeit hier Leute bereitgefunden haben, uns zuzuhören. Mein Anliegen ist es, über unsern aktuellen Stand der Bauplanungen zu berichten«. Die Frau aus der [Wohnungsbaugesellschaft] blickt auf ihre Powerpoint-Präsentation, die in diesem Moment geladen wird. Auf ihr ist das Logo der Wohnungsbaugesellschaft ganz prominent zu sehen. Zu Beginn porträtiert sie das »Portfolio« der Gesellschaft: »Ja, nochmal kurz zu uns für diejenigen, die nicht schon oder bereits

wieder bei uns sind. Also wir, die [Wohnungsbaugesellschaft]«. Sie betont die niedrigen Mieten. »Die durchschnittlichen monatlichen Kaltmieten liegen bei 5 Euro 98 netto kalt, das ist in den heutigen Zeiten denk ich mal eine erfreuliche Tatsache. Wir haben eine lange Tradition darin, unsere Quartiere immer auch in Abstimmung und gemeinsam mit unseren Mietern zu entwickeln. Dies betrifft vor allem die Freiräume und auch die sozialen Projekte innerhalb der Quartiere, in denen wir tätig werden.« Sie erzählt von der Aufgabe, Wohnraum in großer Zahl neu zu schaffen: »[...] das ist die Erweiterung des Bestandes um ein Drittel, das ist schon ne ordentliche Hausnummer und da haben meine Kollegen und ich auch ordentlich Respekt vor«. In den Innenstadtquartieren sei die Nachfrage sehr hoch. Hier würden sie viele »Nachverdichtungsprojekte« planen. Dann zeigt sie Karten von Straßen, wo dies hier im Quartier geplant sei. »Wie gehen wir vor, um unsere Aufgabe zu erfüllen?« Mit Verweis auf die vertraglichen Verpflichtungen würden sie in ihre Bestände schauen, wo »Potenzial« sei. »Wenn wir denn feststellen, dass die erste Machbarkeitsuntersuchung positiv ist, dann stellen wir in der Regel einen Antrag auf Vorbescheid«, wo in Abstimmung mit den Verwaltungsinstanzen das konkrete Vorhaben auf Rechtsinhalt abgetastet wird. Hin und wieder knarzt und quietscht die große Eingangstür zum Gebäude. Sie geht auf und schließt sich wieder. Es gibt einen laut hörbaren Seufzer im Publikum in der kurzen Redepause, wo die Planerin versucht, eine Folie weiter zu klicken. Ich beobachte nervöses Fußstippen, Leute strecken ihren Rücken, einige reden leise miteinander, andere sitzen mit reglosem Kopf und Blick nach vorn unter ihren Wolldecken. »Gut. So denn dieser Bauvorbescheid positiv beschieden wird, dann starten wir eigentlich mit der konkreten Bauplanung.« Bei einem »Grüne-Wiesen-Projekt« sei das natürlich einfacher als bei »Bestandsräumen«. Und das sei auch der Moment, in dem sie anfangen würden, »die Mieter und die anderen Anwohner, die von dem Projekt betroffen sind, eben zu beteiligen«. Wieder kommt eine längere Pause, als sie versucht die nächste Folie zu zeigen. »So. Jetzt. Wenn das auch positiv ist, dann stellen wir [...] den Antrag auf Baugenehmigung.« Wie läuft es hinsichtlich der »Bauvorbescheide« ab? Eine Dame im Publikum macht mit ihrem Handy ein Foto von der Folie »Bauvorbescheide – Ergebnis«. Dinge, die potenziell gebaut werden können, müssten vorab behördlich »abgefragt« werden (z.B. zur »Dachaufstockung« oder »Erweiterungsbauten zu bestehenden Bauten«, zu Tiefgaragen oder Anbau von Loggien/Wintergärten). Die Abfragen wären alle sämtlich beschieden. »Dann können wir da ein Häkchen dranhaken.« Der nächste Schritt sei die Planung der Umsetzbarkeit. »Wie gehen wir hier vor?« Es geht um Bohrkern- und Laboruntersuchungen und Baugutachten, die die Tragfähigkeit des Untergrundes untersuchen. Fachleute würden beauftragt, auch für das Thema Brandschutz. All diese bautechnischen Nachweise seien Teil des Procederes und würden einfließen in den Antrag auf Baugenehmigung. Alle bautechnischen Nachweise würden durch zertifizierte und qualifizierte Bausachverständige nochmals geprüft. Dann könne man mit dem Bau beginnen. Es sei also ein »mehrstufiger Prozess«, wo immer auch zertifizierte Fachleute und immer auch die Behörden beteiligt sind, so, dass wir wirklich größtmögliche Sicherheit

gerade zu den beiden Vorgehen Standsicherheit und Brandschutz erweisen können«. (Beobachtungsprotokoll »Wohnen«: Z. 277–327)

Im Ausschnitt des Beobachtungsprotokolls wird beschrieben, wie eine Akteurin aus einer Wohnungsbaugesellschaft anhand einer Powerpoint-Präsentation Ausführungen zum behördlichen, baurechtlichen und institutionellen Prozess der Nachverdichtung bestehender Bausubstanz macht. Die Anwesenden sitzen in Reihen hintereinander und blicken auf die Rednerin und die Leinwand. Um alles zu verstehen, muss man leise sein, da es sich um einen Raum mit recht hallender Akustik handelt. Ab und zu zeugt die knarrende große Eingangstür von Menschen, die kommen bzw. gehen. Die Zuhörenden in den Reihen verhalten sich ruhig. Es gibt nur wenige Teilnehmende, die miteinander leise reden. Nicht-sprachliche Körperpraktiken wie nervöses Fußstippen oder Rückenstrecken sind zu sehen. Mehrheitlich verhält sich das Publikum jedoch ruhig und passiv, beinahe reglos. Als ethnografisch Forschende und gleichsam praktisch Erfahrene in diesen Situationen ruft diese Praxis des Stillsitzens und Zuhörens vertraute körperliche Empfindungen und Körpererinnerungen hervor: Es ist ein Aushalten und Abwarten in einer zunehmend als unbequem erfahrenen Körperhaltung.

Die meisten Teilnehmenden versuchen, ihre körperlichen Empfindungen erst einmal so wenig augenfällig wie möglich zu gestalten. Das heißt, sie schalten in gewisser Weise ihren Körper für die Zeit der Präsentation aus. Diese Praktik der Herstellung von Nicht-Präsenz alles Körperlichen bedient gewissermaßen die in der Situation geforderte Stille im Modus des Zuhörens. Was Langer (2008) über das Sitzen in der Schule schreibt, lässt sich auch auf die Praxis veranstalteter Partizipation beziehen: »Über das Artefakt Stuhl, welches ganz wesentlich dazu beiträgt, welche Sitzhaltung man einnehmen kann, und damit Körperhaltungen und -bewegungen entscheidend prägt, hält sich der Schüler an, sich selbst zu disziplinieren.« (ebd.: 150) Gleichsam arbeitet der Körper – er spürt den unbequemen Sitzuntergrund, nimmt eine Sitzhaltung ein. Die genormten Stühle passen nur zur Durchschnittskörpergröße eines Erwachsenen. So kann es vorkommen, dass etwa die Beine einschlafen, wenn sie nicht lang genug sind, den Boden zu erreichen. Das aufrechte Sitzen kann auf Dauer für den Rücken anstrengend werden. Die Augen müssen die Leinwand konzentriert fokussieren, um das dort Geschriebene lesen zu können. Die Kühle im Raum spüren diejenigen, die sich keine Decke genommen haben. Das Zuhören im Raum mit herausfordernder Akustik kann auf die Dauer ermüden etc.

Nun kann man zu Recht einwenden, dass die Anwesenden doch durchaus auch interessiert bei der Sache sind und damit über eine motivationale Basis verfügen, aufmerksam zuhören. Somit könnten die körperlichen Erscheinungen leichter ertragen werden. Vielleicht wird der Dimension des Körperlichen auch keine besondere Aufmerksamkeit geschenkt, weil stilles Sitzen für manche eine gewohnte Tätigkeit darstellt. Aus einer auto-ethnografischen Reflexion heraus kann ich für mich

einordnen, dass das forschende Interesse an der Situation in der Praxis für mich Motivation genug war, dies mitzumachen und auszuhalten. So können Motivation, Interesse oder sogar Spaß subjektiv möglicherweise positiven Einfluss auf das Aushalten der körperlichen Unannehmlichkeiten ausüben – ebenso wie Besucher_innen von Theater oder Kino wohl eher seltener über die körperliche Zurichtung durch stilles Sitzen reflektieren als in den hier beschriebenen Settings. Im Unterschied zu Film und Theater werden in Situationen veranstalteter Partizipation jedoch Fragen von spezifischer Relevanz für die Alltagsakteur_innen be- und verhandelt. Da die Planungen den Alltag und die Reproduktionsmöglichkeiten der Anwesenden berühren, kann eine Relevanz in der Sache angenommen werden. Um an Informationen über die Planungen heranzukommen, ist ihr Körper in der Situation gezwungen, sich zurückzunehmen – um aufnehmen und zuhören zu können.

Der Körper als Träger von Praktiken vollzieht damit die Anforderungen in der Situation: stillsitzen. Damit bringt er die Ordnung in der Situation gleichermaßen mit hervor. Die Teilnehmenden sind darauf eingestellt, in den Situationen eher zuzuhören als sich zu bewegen. Sie haben »gelehrige Körper« (Foucault 1994[1976]: 173ff.), in die sich die Macht einschleift, »um in ihnen gleichsam automatisch weiterzuwirken« (Pongratz 1990: 151). »Sie [...] macht die Subjekte [...] zum Koproduzenten ihrer eigenen Effekte« (ebd.: 151). In den Worten Foucaults besteht ein Verhältnis zwischen dem Körper und der Macht, das sich über Disziplin bildet. Dieses setzt am Körper an und »[macht] den Körper umso gefügiger [...], je nützlicher er ist, und umgekehrt« (Foucault 1994[1976]: 176). Foucault sensibilisiert damit für die Einwirkungen auf die Körper der Teilnehmenden als machtbezogene Praxis. Der Körper durchläuft eine Art »Machtmaschinerie [...], die ihn durchdringt, zergliedert und wieder zusammensetzt« (ebd.: 176). Die Disziplinierung der Körper in Form des stillen Sitzens sichert die Hervorbringung des intendierten Ablaufs, indem Selbstausschlusspraktiken derjenigen greifen, die dies nicht mitmachen (können, wollen), und/oder explizite Ausschlusspraktiken durch professionelle Akteur_innen gegenüber »ungefügigen« Körpern hervorgebracht werden.

Die Teilnehmenden machen in der Regel mit. Gleichsam verhandelt das Subjekt dies je spezifisch. So empfinde ich es als zermürbend, über lange Zeit so zu sitzen. Die Beobachtungen legen nahe, dass mit zunehmender Dauer und/oder mit zunehmender Kritik am Beteiligungsgegenstand das Potenzial zum widerständigen Sitzen zunimmt: das Subjekt strebt nach einer Veränderung der Körperhaltung, mitunter steigt auch die emotionale Anspannung. Man will, dass es vorbei ist. Es mag irritieren, betont lautes Seufzen, Kniewippen oder das Hin- und Herrutschen auf dem Stuhl als widerständig zu rahmen. Dennoch besitzen die Praktiken einen antagonistischen Kern. Diese »kleinen« Praktiken sollen aus der Perspektive auf Macht nicht ausgeschlossen werden. Denn nach Hechler und Phillips (2008) erscheint auch »[n]icht legitimates, wenig riskantes, nicht als Widerstand intendiertes [...] Verhalten [...] als widerständig« (ebd.: 8). Für das Herausarbeiten von Eigensinn und

Widerstand in Situationen veranstalteter Partizipation sind Rekonstruktionen dieser Vollzüge wichtig, denn sie erweitern die Betrachtung von Widerstand um die sonst leicht übersehene Dimension des Nicht-Sprachlichen, des Leisen. Aus der Perspektive der Sozialen Arbeit macht es besonders Sinn, auf diese Praktiken von Widerstand und Eigensinn zu schauen, deren Träger_innen sich in alltäglicher »Arbeit an der Partizipation« (Bareis 2012) Zugänge zu Ressourcen und Handlungsfähigkeit erschließen, sichern und/oder erkämpfen – und diese aber auch verlieren können bzw. in deren Zugangsmöglichkeiten beschnitten werden.

10.6 Eigensinniges Raumgreifen

Im Kontrast zum beharrlichen Sitzen wird im Folgenden ein Beispiel für »eigensinniges Raumgreifen« herangezogen. Wir bleiben im selben empirischen Beispiel. Nun steht eine Praktik im Fokus, die einen (wenn auch prekären, das heißt temporären und nicht für alle sichtbaren) Raum der Repräsentation einer Alltagsakteurin hervorbringt. Im Unterabschnitt 8.2.1 »Die Irritation der Ordnung als aufschlussreiche Quelle« wurde bereits gezeigt, was diese eigensinnige Praktik über die materielle Ordnung, die sie irritiert, aussagt.

Zwei Frauen, eine etwa Mitte vierzig und eine etwa Mitte sechzig betreten den Stuhlbereich von hinten und halten einen kurzen Moment inne. Die jüngere der beiden, schlank, modisch gekleidet, steuert auf die Reihe der »Handwerker« zu und nimmt direkt vor ihnen Platz. Sie grüßt sie lachend. Sie wechseln ein paar Worte. Die ältere, mit einem Parka bekleidete Frau, sagt laut und deutlich und in rauem Ton zu ihr: »Bleibst du da sitzen?«. Als diese meint »Ja«, dreht sie sich in Richtung Leinwand und steuert zielgerichtet darauf zu, läuft unaufgeregt durch die Powerpoint-Projektion und setzt sich in die erste Reihe. (Beobachtungskoll »Wohnen«: Z. 199–206)

[...] Die Frau mit dem grauen Parka und den grauen Haaren steht von der ersten Reihe auf und geht in den Seitenraum und schaut sich die Ausstellung an. (ebd.: Z. 657–659)

[...] Die Frau sitzt nun wieder mittig im Saal. Sie versucht Blickkontakt mit der jungen Frau aufzunehmen, die in der vorletzten Reihe sitzt und sich weiterhin leise unterhält. (ebd.: Z. 773–775)

[...] »Na Ihr Kaffeetanten?« Die Frau im grauen Parka kommt in die vorletzte Reihe und bleibt kurz stehen. Sie spricht lauter als alle anderen da hinten. Sie setzt sich in die vorletzte Reihe. (ebd.: Z. 935–938)

Die Frau bewegt sich während der gesamten Veranstaltung immer mal wieder im Raum. Sie bleibt nicht auf ihrer Position sitzen, sondern widersetzt sich dieser impliziten Regel. Auch an die Regel, sich still zu verhalten, hält sie sich nicht. Die weit- hin hörbare Frage an ihre Begleitung etwa, ob sie dort sitzen bleibe, lässt darauf schließen, dass es ihr gleichgültig ist, ob sie mit ihrem Verhalten aneckt oder nicht. Sie nimmt sich Raum. Sie konzentriert ihre Kommunikation auf ihre Bekannte sowie die »Handwerker«, zu denen diese sich gesetzt hat. Es findet kein sichtbarer sozialer Kontakt zu den professionellen Akteur_innen vor Ort oder anderen Teilnehmenden statt. Mit ihrem radikalen Nicht-Befolgen der Regeln sowie der Fokussierung ihrer sozialen Handlungen auf ihr bekannte Personen, grenzt sie sich von der Inszenierung der Situation ab. Das heißt, sie verhält sich nicht »loyal« (Reichenbach 2020: 33) denjenigen gegenüber, die die Praxis initiieren, sondern jenen Alltagsakteur_innen gegenüber, die sie kennt. Sie ist insofern auch keine »taktvolle Zuschauer[in]« (Goffman 2011[1969]: 218), weil es ihr nicht wichtig zu sein scheint, die Inszenierung der Veranstaltung nicht zu gefährden. Sie bearbeitet ihr Verhältnis zur gestalteten Situation demonstrativ unabhängig. Ihre »Arbeit an der Partizipation« (Bareis 2012) ist die Herstellung einer autonomen Position als Antwort auf die kollektive Disziplinierung der Körper und Instrumentalisierungsversuche durch Planung und Verwaltung. Damit schafft sie sich einen selbstbezüglichen Freiraum innerhalb der Arena, der gleichsam implizit die intendierte Partizipationspraxis kariert.

Über das darin eingelagerte Erfahrungswissen – also die Grundlage für Institutionenkritik und -skepsis, erfährt man freilich nichts. Jedoch ist es nicht unwahrscheinlich, dass Erfahrungen sozialer Ausschließung ihre demonstrativen Praktiken antreiben. Interessant ist, dass die anderen Anwesenden – ob Bewohner_innen des Quartiers, Akteur_innen aus Verwaltung und Planung oder Moderator_innen – ihr keine Aufmerksamkeit schenken. Die Möglichkeit, diese Grenzverläufe zwischen den verschiedenen sozialen Positionen im Raum zu thematisieren und zu bearbeiten, wird nicht genutzt. Insofern reproduziert sich in dieser Situation erneut ein Marginalisierungsverhältnis, indem ihr Verhalten nicht als Ausdruck der Arbeit an alltagsbezogener Partizipation und gegen hegemoniale Ausschließung verhandelt, sondern eher als »schräges« Verhalten der Teilnehmerin individualisiert wird. Mit dem Beispiel kann auch gezeigt werden, wie standortabhängig es ist, die Praktiken des eigensinnigen Raumgreifens, die hier aufgeführt wurden, als Widerstand zu rahmen – oder eben als sozial unangepasstes Verhalten, das unterhalb der Oberfläche des Expliziten sanktioniert wird. Hier soll das eigensinnige Raumgreifen jedoch als Hervorbringung einer Repräsentation stark gemacht werden: Die Alltagsakteur_in erschafft einen eigenen Raum der Sichtbarkeit ihrer Autonomiebestrebungen in diesem asymmetrischen Setting. Die Repräsentation ist jedoch präkär, flüchtig, vereinzelt und inhaltlich unbestimmt. Sie dringt als diskursive Praxis im

Modus des Nicht-Sprachlichen in den Raum – und wird dann entsprechend der subjektiven Standorte implizit verhandelt.

10.7 Sich-lustig-Machen

In den Situationen der Praxis gibt es potenziell alle Formen menschlicher Äußerungen – so auch die Kommunikation mit den Mitteln des Humors. Im Folgenden soll es darum gehen, wie Alltagsakteur_innen Mittel des Humors nutzen, um sich kritisch abzugrenzen. Ich greife eine Praktik des Sich-lustig-Machens heraus und rahme diese als eigensinnige und widerständige Praxis. Es geht erneut um das Beispiel, das auch in den vorhergehenden Abschnitten beleuchtet wurde. Die »Handwerker« aus der letzten Reihe hören den Ausführungen einer leitenden Verwaltungsmitarbeiterin zu. Diese manövriert sich in eine recht unbequeme Lage, denn sie räumt Verfehlungen ihres Arbeitsbereiches ein und entschuldigt sich bei den Anwesenden. In der für sie augenscheinlich unangenehmen Situation reagiert einer der »Handwerker« auf eine Art, die ich als lustig empfunden habe:

Dann wechselt die leitende Verwaltungsmitarbeiterin mit einem Blick in das Publikum das Thema. Sie spricht die Anwesenden direkt an, blickt in die Menge: Sie hätte einen Brief von ihnen bekommen, mit Unterschriften. Diesen hätte sie leider zu spät gelesen. »Ich fände es sehr gut, wenn wir uns mit einigen von Ihnen bei mir treffen, wenn nicht alles geklärt werden konnte,« sagt sie und fokussiert eine Frau im Speziellen: »Ich gebe Ihnen meine Karte, dann machen wir einen Termin«. Die Frau, die sie anspricht, ist aus der Gruppe der älteren Frauen, die im hinteren Drittel sitzt. Sie hat sich von ihrem Stuhl erhoben. Die Frau, die zuvor die Decken austeilte, bringt ihr ein Mikrofon. Diese sagt aufgeregt mit deutlicher Stimme und einem gezielten Blick nach vorn zu ihr: »Ich habe das Einschreiben mit Ihrem Namen auf Ihren Schreibtisch gelegt« und es könne nicht sein, dass sie diesen Brief erst kürzlich gelesen habe. Es geht um Monate und Wochen, wann der Brief verfasst wurde, wann er hätte gelesen worden sein müssen. Die Verwaltungsmitarbeiterin verteidigt sich, bewegt sich auf ihren Füßen hin und her. »Hier war Land unter«, sie waren »absolut unterbesetzt, das können Sie mir glauben. Dass ich das vier Monate liegen lasse, das ist nicht meine Art«. Die Dame schüttelt ungläubig den Kopf. Einer der »Handwerker« in der letzten Reihe macht plötzlich ein »Plopp«-Geräusch mit seinem Mund. Sie lachen, kichern da hinten. Ich drehe mich nach ihnen um und habe Blickkontakt. Zwei von ihnen grinsen mich breit an. Ich lächle und drehe mich wieder zurück. »Oh, ein Flitzer«, sagt einer von ihnen und meint damit den Techniker, der mit einem Mikrofon durch den Raum schnellte, um zu einem Teilnehmenden zu gelangen, der sich zu Wort meldet. (Beobachtungsprotokoll »Wohnen«: Z. 106–126)

In diesem Ausschnitt nimmt eine leitende Verwaltungsmitarbeiterin Bezug auf einen Brief, den ihre Behörde erhalten hat. Dieser wurde von Bewohner_innen des Quartiers verfasst. Was in diesem Brief stand, wird nicht weiter erklärt. Es wird nur klar, dass sich mehrere Bewohner_innen zusammengeschlossen haben. Es ist weiterhin zu vermuten, dass das Anliegen, welches dort artikuliert wurde, von großer Dringlichkeit ist, da die Verfasser_innen ihn sogar direkt auf ihren Schreibtisch gelegt haben. Sie räumt ein, dass sie den Brief leider zu spät gelesen hätte und schlägt ein zeitnahes Treffen vor. Sie scheint die Verfasser_innen zu kennen, denn sie adressiert die Gruppe der Frauen, die im hinteren Drittel des Raumes sitzen, direkt, und bietet an, diesen ihre Visitenkarte zu überreichen, damit diese sich zwecks eines Termins nochmal bei ihr melden. Daraufhin erhält eine der Frauen das Mikrofon. Sie äußert ihre Empörung, weil das Schreiben schon eine sehr lange Zeit in der Behörde liege und es doch nicht sein könne, dass sie dieses jetzt erst gelesen habe. Daraufhin wirbt die Mitarbeiterin bei den Verfasser_innen für Verständnis, denn die Behörde sei aufgrund von personeller Unterbesetzung nicht in der Lage gewesen, darauf zu reagieren. Sie geht auch auf die moralische Dimension des Nicht-Handelns ihrer Behörde ein, als sie äußert, dass es nicht zu ihrer Person oder ihren Prinzipien passe, so etwas so lange liegen zu lassen. Die Frau bezeugt Unverständnis und schüttelt den Kopf. In einem Moment der Stille macht einer der »Handwerker« aus der letzten Reihe ein deutlich wahrnehmbares Geräusch, das sich anhört wie ein Ploppen. Es ergibt sich, wenn man den Zeigefinger seitlich in den Mund steckt, an die Wange drückt und ihn aus dem Mund wieder herausschnellen lässt.² Es ist eine lautmalerische Äußerung, so, als zerplatze eine Seifenblase. Dieses Geräusch war in dem Raum, in dem es hallt, weithin hörbar.

Im Folgenden soll die Praktik des Ploppens hinsichtlich der Frage nach Widerstand und Eigensinn der Alltagsakteur_innen analytisch aufgeschlüsselt werden. Vor dem Hintergrund des Settings als »gesellschaftliche Situation« (Bareis 2012: 292) wird das Geräusch in der Situation von einem analytischen Standort aus in den Blick genommen, der sich für die alltäglichen Kämpfe der Alltagsakteur_innen interessiert. Wenn wir die Situation als ein Geflecht von Praktiken betrachten, dann kann angenommen werden, dass die Praktik des Ploppens nicht unabhängig von der Situation vollzogen wird, sondern ein bewusst gesetztes Geräusch darstellt. Es hat eine Wirkung bei mir als Forschender erzielt: ich musste lachen. Für mich trug diese akustische Unterbrechung eine Komik. Die körpersprachliche Praktik impliziert eine Nachricht, deren Interpretation sie den Empfänger_innen überlässt. Die Vollzüge der Hervorbringung und Interpretation sind dabei hoch standortabhängig, denn sie wird weder von jeder Person im humorvollen Sinne

2 Siehe für eine anschauliche Erklärung <https://www.labbe.de/blog/Fingerploppen> (zuletzt geprüft am 28.05.2024).

hervorgebracht noch als komisch empfunden. Damit wird die soziale Dimension des Lachens deutlich:

»Humor [...] entsteht doch meist aus dem Bedürfnis heraus, sich nahe zu sein und eine Verbindung zwischen Menschen herzustellen. Zugehörigkeit wird vermittelt durch das gemeinsame Lachen, das sich aus einer Übereinstimmung der Lebenswelten ergibt. Beim Witz ist es der übereinstimmende soziale, kulturelle und intellektuelle Hintergrund, der sichergestellt sein muss, um über eine Pointe lachen zu können. Lachen als soziales Phänomen entsteht also nicht aus einem Widerspruch, sondern aus Übereinstimmung dieser im Witz überprüften Wirklichkeitsebenen« (Tissot 2009: 51f.).

Als ich mich zu den »Handwerkern« umdrehte, grinsten sie mich an, so als hätten sie es auf eine Reaktion anderer Teilnehmer_innen angelegt. Das heißt aus der auto-ethnografischen Perspektive, dass mich etwas verbindet mit demjenigen, der das Ploppen aussendet, eine soziale, kulturelle oder intellektuelle Verbindung. Dies kann ich nicht nachprüfen, aber ich kann es annehmen.

Diese Praktik ist nicht zwangsläufig immer und überall komisch, sondern sie ist spezifisch situiert. Das Ploppen war lustig, weil es einen Bruch bewirkte. Die Situation zwischen der leitenden Verwaltungsmitarbeiterin und der Frau, die auf das Problem der fehlenden Kommunikation hinwies, war konfliktreich und moralisch aufgeladen. Das plötzliche Plopp besaß eine Komik im Sinne einer lautmalerischen Kommentierung. In diesem Raum, in dem beinahe ausschließlich im Medium des (Schrift-)Sprachlichen kommuniziert wird, hat das Ploppen die Ordnung des Diskursiven gleichermaßen irritiert wie gebrochen. Es wirkte wie eine wortlose Conclusio, die dem hochstrukturierten und professionellen Setting attestierte: Wenn ein Brief der Bewohner_innen des Quartiers eine so lange Zeit unbeantwortet liegen bleibt und gleichzeitig der artikuliert moralische Anspruch der leitenden Verwaltungsmitarbeiterin solch eine Praxis als absolut abzulehnen markiert, dann kommentiert das Ploppen diese Ambivalenz aus Anspruch und Wirklichkeit auf eine kritisch-humorvolle Art und Weise. Etwas hat die Langlebigkeit einer Seifenblase, die effektiv zerplatzt. Diese Kritik wird hier nicht sprachlich-explizit artikuliert. Dafür wird sie im Medium des Impliziten und Subversiven für jene, die dafür sensibilisiert sind, transportiert.

Weiterhin setzt sich auch das Subjekt selbst in Beziehung zur Situation. Es unterläuft mit seiner Artikulation die Regeln der Kommunikation. Der »Handwerker« wartet nicht, bis er das Mikrofon erhält, um etwas zu äußern. Er widersetzt sich der Regel, dass es sprachliche Praktiken sind, dass man etwas in Worte fassen muss. Das, was er hier artikuliert, ist im Grunde hochkomplex, würde in sprachlicher Form Zeit zum Formulieren und Zeit zum Erläutern beanspruchen. Das Ploppen ist eine kleine Irritation, die sich den strengen Reglementierungen in der Situation wider-

setzt und sie für den Moment aufbricht. Es ist eine Abgrenzung seitens des Alltagsakteurs, eine Kritik vom Standort eines peripher Beobachtenden, der der Praxis zumindest mit Skepsis begegnet. Sie bringt etwas Nicht-Identisches hervor und erzeugt einen Abstand zwischen dem Hinten und dem Vorn.

Schließlich sei mit der Praktik des Ploppens und der damit einhergehenden sozialen Dynamik des Lachens auf weitere Wissensschichten verwiesen. Es gibt mehr als nur in der Situation Auffindbares, das hier angesprochen wird. Es ist implizites Wissen, also ein reflexiv nicht zugängliches, inkorporiertes Wissen, das vom analytischen Standpunkt aus rekonstruiert werden kann (Bohnsack 2007). Die Praktik des Ploppens und mein intuitives Verstehen als Anwesende in der Situation verweisen auf eine wie auch immer gearbete gemeinsame Erfahrungsbasis, genauer: einen konjunktiven Erfahrungsraum (Mannheim 1980), der auch bei Menschen angenommen werden kann, die nie in »interaktiver Kopräsenz« (Meuser 2007: 211) waren. So kann davon ausgegangen werden, dass hier gemeinsame, habituell gebundene Erfahrungen im Umgang mit machtvollen Konfliktlinien und Aushandlungsdynamiken vorliegen, die auf einen subaltern positionierten Standort verweisen. Die Sinnhaftigkeit dieser Praktik, die eingelagerte Kritik, tangiert demnach eine implizite Bedeutungsebene, die von Menschen, die über ähnliche konjunktive Erfahrungen verfügen, verstanden werden kann. Diesen »Dokumentsinn« (Mannheim 1964) oder auch »dokumentarischen Sinn« (Bohnsack 2007) zu erfassen, ist nur mit der Analyse der Praktik des Ploppens nicht zu leisten. Dennoch ist das situierte Ploppen eine Information, die verstanden wird. Das heißt, sie muss in der Situation nicht erst gegenseitig interpretiert und reflexiv expliziert werden, sondern vor dem Hintergrund konjunktiver Erfahrungen wird das Wissen (hier) nicht-sprachlich transportiert.

Nun kann man das Ploppen aus diskurs- und machtanalytischer Perspektive als Praktik betrachten, die eine eigene Materialität und Diskursivität besitzt. Da die Artikulation jedoch weder in der Sprache des vor Ort herrschenden Diskurses verfasst ist, noch entlang des intendierten Ablaufs offiziell aufgerufen wurde, muss sie, um als Teil des situierten Diskurses betrachtet zu werden, anders gerahmt und – im Sinne der Situationsanalyse – dezentriert werden. Wenn wir auch nicht-sprachliche Praktiken als diskursiv verstehen (siehe dazu Abschnitt 5.2 »Diskurs als Praxis«), dann kann das Ploppen eine diskursive Praktik sein. Sie unterläuft und karikiert den herrschenden Diskurs und wird insbesondere von jenen aufgenommen, verstanden und ggf. verstärkt, die für das in die Praktik eingelagerte Konflikthafte sensibilisiert sind. Diese diskursive Praktik ist eine prekär strukturierte Praktik: sie ist vage, weil sie vom impliziten Verstehen der empfangenden Personen abhängig ist. Sie ist kurzzeitig und leise und damit potenziell diskursiv nur sehr begrenzt wirksam. Und tatsächlich wird sie von den hegemonialen Akteur_innen weder situativ aufgenommen und diskutiert, noch wohlmöglich nachgängig dokumentiert. Mit Spivak (2020b) kann man sagen, dass die »Handwerker« subalterne Sprechakte hervorbrin-

gen, die jedoch unvollständig sind, weil sie als solche nicht gehört werden. Demnach würden sie erst vollständig, wenn sie aus »Sprechen und Hören« (ebd.: 127) bestünden. Widerständige Akte, auch wenn sie klein und momenthaft sind, sind »ein Bemühen, sich selbst in die Repräsentation einzubringen, und zwar *nicht* entlang der Linien, die von den offiziellen institutionellen Repräsentationsstrukturen vorgegeben werden« (ebd.: 145, Herv. i. O.). Insgesamt zeigt sich hier, wie flüchtig und prekär strukturiert diskursive Praxis *from below* sein kann.

10.8 Artikulierter Einspruch von Einzelnen

In Situationen veranstalteter Partizipation können die Möglichkeiten der Artikulation und Repräsentation von Alltagsakteur_innen als limitiert und umkämpft bezeichnet werden. In der situationsanalytischen Betrachtung der Bearbeitungsweisen durch die Alltagsakteur_innen sind auch die Informationen, die sie über sich preisgeben, und damit die Interpretation dieser Selbstauskünfte der Subjekte beschränkt, was gleichsam die Grenzen der Forschung tangiert. Die Fokussierung auf sprachlich-explizite Praktiken kann dazu verleiten, das Verbalisierte inhaltlich überzubetonen und die Vielfalt diskursiver Praxis nicht in den Blick zu nehmen. Zudem gelingt es nicht, Genaueres zu den Bedürfnissen, Geltungsansprüchen und Kämpfen hinter den Artikulationen herauszuarbeiten. Die Stärke der ethnografischen Präsenz in den Situationen jedoch ist die Möglichkeit, die Situation als Ganzes aus einer dezentrierten Perspektive einzufangen. So treten die Praktiken der Artikulation und Repräsentation der Alltagsakteur_innen innerhalb von Machtverhältnissen in den Fokus. Aus diskurs- und machttheoretisch sensibilisierter Perspektive relevant ist die Frage, wie Alltagsakteur_innen Kritik hervorbringen und inwiefern die Artikulationen den hegemonialen situierten Diskurs beeinflussen, inwiefern also der »Subalterne Aufstand« (Spivak 2020b: 145) den Raum des Diskursiven verschiebt.

Im Folgenden wird die Top-down-Veranstaltung zu einem Sanierungsvorhaben in einem Wohngebiet beispielhaft herangezogen, die auch in den vorangegangenen Abschnitten im Fokus stand. In der Mehrfamilienhaussiedlung in Blockbauweise aus den 1950er Jahren soll über Aufbauten eine Wohnraumverdichtung stattfinden. Die Informationen, die dazu an die Mieter_innen gehen, sind umfangreich und komplex. Neben dem Bauprozess und den dahingehenden Auswirkungen, geht es auch um die langfristigen Effekte der Nachverdichtung: Perspektivisch gibt es mehr Mieter_innen, aber dieselbe Fläche für Kellerräume. Das Beispiel setzt ein, als die Planerin von der Wohnungsbaugesellschaft den Bauprozess skizziert und (kurz) auf die Möglichkeiten zu sprechen kommt, wo sich die Bewohner_innen einbringen können.

Nun zeigt sie auf eine Folie, auf der ein Schnitt durch ein solches Haus zu sehen ist. Sie zeigt auf die Fundamente des Hauses und wo diese verstärkt («verdickt») werden müssen. Die älteren Frauen gegenüber echauffieren sich über etwas. Jemand macht von der Folie »Aufstockung [Name des Viertels]« ein Foto mit dem Handy. »Für die Mieter, für Sie bedeutet das, dass Sie zeitweise die Kellergeschosse komplett räumen müssen und wir überlegen, ob wir Ausweichmöglichkeiten in Form von Containern auf dem Hof anbieten.« Die Reaktionen im Saal sind mehr oder weniger deutlich sichtbar. Kopfschütteln hier. Keine Reaktion da. Eine der älteren Damen sitzt mit verschränkten Armen und schüttelt deutlich den Kopf. Die Runde ist aufgebracht, sie unterhalten sich etwas aufgeregter über zwei Reihen hinweg. Auch die ältesten Damen vorn drehen sich nun nach hinten zu den anderen um und sprechen etwas. Die Planerin wendet sich zum Techniker, der die Powerpoint-Präsentation bedient. »Weiter bitte.« Dieser klickt auf die neue Folie. Die Bewohner müssten »keine Angst« haben, dass Wände im Wohnbereich aufgedickt werden würden, »aber es ist natürlich klar [...] es ist laut und es ist dreckig, da kommt man nicht drum rum. Das muss man konstatieren«. In der letzten Reihe unterhalten sich ein »Handwerker« und die Frau eine Reihe vor ihm miteinander.

Vorn wird zu einer Folie zum Planungsprozess gewechselt. »Was ist noch offen? Wo können Sie sich einbringen?«, fragt die Planerin mit Blick auf das Publikum. Aus dem Workshop, insbesondere aus dem im November, sei eine Themenliste als Aufgabenstellung mit auf den Weg gegeben worden. »Das ist zum einen die Quartiersentwicklung im Allgemeinen, das ist das Thema Freiräume im Grünen. Wir haben das Themenfeld Bebauung und Wohnen, Mobilität ist auch wichtig und natürlich das SOS-Thema, Sicherheit, Ordnung, Soziales. Das ist also unser Aufgabenzettel fürs kommende halbe Jahr.« Und dann gäbe es natürlich auch für die Bauphase genauso eine Liste, was bedeute, dass während der Bauzeit sichergestellt sein müsse, dass die Bewohner_innen jederzeit zu ihren Häusern hin- und wieder wegkämen. »Das Kellerthema werden wir behandeln müssen, wie wir damit umgehen. Wir wollen Sie natürlich fortlaufend informieren, dass Sie sich darauf vorbereiten können, was jetzt in den kommenden Wochen auf Sie zukommt. Wir werden einen kontinuierlichen Ansprechpartner zur Verfügung stellen und möchten ohnehin sehr eng mit Ihnen und Ihren Vertretern zusammenarbeiten.« Sie beendet ihre Ausführungen. »Ja, herzlichen Dank«, sagt die Moderatorin. Jetzt gebe es Zeit für Rückfragen, sagt sie mit offenem Blick in das Publikum. »Ja«, sagt sie und zeigt auf einen Mann. Der steht in der Mitte des Saales und spricht, zuerst ohne Mikrofon. Ich bekomme nur die Hälfte mit. Dann, mit Mikrofon in der Hand, ist er besser zu verstehen: »(unv.) das Treppenhaus, das nach oben geht in den sag ick jetzt mal fünften oder sechsten Stock«. »Da werden wir die vorhandenen Treppenhäuser verlängern«, erwidert die Planerin. »Na sehense, also jehense doch durch die Treppenhäuser! Durch alle vier Treppenblocks (unv.)«, »Nee, wahrscheinlich nur eins, je nachdem, wie lang das Gebäude ist. Ein oder zwei Treppenhäuser werden betroffen sein, nicht alle«, erwi-

dert die Planerin. »Jut, was war jetzt noch? Was passiert mit den Kellern? Wenn mehr Mieter sind, müssten ja theoretisch ooch mehr Keller jebaut werden. Dann müssten ja ooch mehr Keller zur Verfügung stehen«. »Ja«, sagt sie prompt, »da muss man gucken, wie man die Kellerflächen nutzt, die vorhanden sind und es gibt ja mehrfache Begehrlichkeiten zur Nutzung, ne? Wir haben den klassischen Mieterkeller, wir haben Fahrradräume, es geht natürlich ums Thema Kinderwagen, Rollatoren. Also da wird man, das ist Aufgabe der Planung darüber«. Sie wird von ihm unterbrochen: »Also da brauchen wa uns eigentlich ja nich darüber zu unterhalten. Bei uns jibt's weder Fahrradkeller noch irgendwelche Keller, wo man wat unterstellen kann. So dann wäre noch die nächste Frage, is'n Fahrstuhl vorjesehn?« Die Planerin antwortet: »Für die diejenigen, also die dadurch, wenn wir, wenn wir (unv.) aufstocken, dann würde ordnungsrechtlich ein Fahrstuhl erforderlich. Das heißt diejenigen Treppenhäuser, die verlängert werden, werden auch einen Fahrstuhl erhalten«. Ich muss kurz auflachen bei dem albernen Gedanken, dass nur die oberen Stockwerke vom Fahrstuhl profitieren könnten. Der Mann fasst zusammen: »Also das heißt, zwei Aufgänge, wo'n Fahrstuhl haben und zweie nich (unv., die Planerin setzt an, etwas zu sagen). Wäre dit denn für jeden Wohnbereich erreichbar oder weeß ick zumindest in der Mittelstufe oder so wat wie et bei manchen isset dann, weil es ja nicht anders geht, manchmal, dass de dit (unv.)« Die Planerin spricht hinein. Teilweise sprechen beide gleichzeitig, so dass man nicht verstehen kann, was sie sagen. »Das ist genau die Aufgabe, die wir noch vor uns haben, nämlich genau diese Entscheidung ob eben halb Podest oder ändert man wirklich so sehr im Treppenhaus, dass man irgendwie für alle was anbieten möchte und dann wäre es richtig barrierefrei erreichbar. Das sind eben die anstehenden Aufgaben, die wir so zu tun haben«. »Dit wart denn«, sagt der Mann, gibt sein Mikro zurück und setzt sich. (Beobachtungsprotokoll »Wohnen«: Z. 337–399)

Das Beispiel zeigt den Kampf um Relevanzsetzungen und Einfluss auf Entscheidungen. In der Wohnungsbaugesellschaft, in der die Mieter_innen sich nicht etwa genossenschaftlich organisieren, sind die Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeiten über Planungen prinzipiell von der Setzung »von oben« abhängig. Die Planerin offenbart, welche Auswirkungen die Aufstockung der Wohngebäude für die Bewohner_innen des Quartiers bedeutet: zeitweise Kompletträumung der Kellergeschosse, Lärm, Dreck. Die Teilnehmer_innen in den Reihen wirken aufgebracht, versichern sich gegenseitig durch kurze Blickkontakte, Kopfschütteln, dass nicht nur sie allein dies problematisch finden. In diesem Moment hat die Moderatorin die Situation noch nicht für die Menschen vor Ort geöffnet, sondern die Planerin ist noch in der Präsentation. Der Klick auf die nächste Folie beendet die Thematisierung der Keller. Nun sei noch offen, wo sich die Bewohner_innen einbringen könnten. Mittels der Folie wird das Thema Beteiligung aufgerufen. Die Planerin schafft es nicht, klar zu machen, wie konkret sich Bewohner_innen in den Planungsprozess oder die Quartiersentwicklung einbringen können. Es hätte einen Workshop gegeben, im

Rahmen dessen eine Themenliste auf den Weg gebracht worden sei. Spielräume der Beteiligung gäbe es demnach zur Quartiersentwicklung im Allgemeinen, zu Grün- und Freiflächen, zum Themenfeld Bebauung und Wohnen, zur Mobilität sowie zum Thema Soziales, Sicherheit und Ordnung. Was genau diese Themen beinhalten, darauf geht die Planerin nicht ein – etwa zur Frage, welche Beteiligungsmöglichkeiten sich in punkto der von ihr benannten Themen Bebauung und Wohnen verbergen. Dabei ist dies der Themenkomplex, der ja unmittelbar zur Frage der Aufstockungs- und Kellerplanung gehört. Die Situation offenbart das Partizipationsverständnis von Planung und Verwaltung, im Rahmen dessen ein spezifisches, punktuelles Format aufgeführt wird, das entlang der Logiken und Routinen der Planungs- und Verwaltungspraxis strukturiert wird. Für das Thema Partizipation scheint sie persönlich nicht verantwortlich zu zeichnen, sondern es ist zu vermuten, dass dies andere machen. Damit einhergehend orientiert die Planerin bezüglich Partizipation nicht auf die Situation vor Ort auf der Veranstaltung, sondern auf ein zeitlich ausgelagertes Geschehen weiterer Formate. Mit der situativen Nicht-Bearbeitung der konflikthaftern Frage, was unter Partizipation verstanden wird, reproduziert sich gleichermaßen die Asymmetrie zwischen hegemonialen und subalternen Kräften. Die Planerin schließt ihre Ausführungen mit dem Ausblick auf die kommenden Wochen. Sie würden die Mieter_innen fortlaufend informieren, damit diese wüssten, was auf sie zukommt. Ein Ansprechpartner solle zur Verfügung gestellt werden und auch ganz grundsätzlich solle die Zusammenarbeit mit den Mieter_innen und der Mieter_innenvertretung sehr eng sein. Hier deutet sich eine Kommunikationsform an, die über die Stellvertreter_innen der gewählten Mieter_innenvertretung funktioniert. In dieser Form wird der Ort des Austauschs und Konflikts verlagert, weg von den einzelnen und informell organisierten Mieter_innen.

Die Moderatorin bedankt sich bei der Planerin, als diese ihre Ausführungen beendet. Sie öffnet den Raum für Rückfragen. Ein Mann im Publikum meldet sich zu Wort. Er spricht, noch bevor das Mikrofon bei ihm ist. Er nutzt die Gelegenheit, um die Situation der Keller anzusprechen. Vorausschauend wirft er die Frage auf, was denn mit diesen passiere, wenn mehr Mieter_innen Zugriff auf den begrenzten Raum beanspruchten. Es müssten mehr Keller gebaut werden. Darin liegt bereits die Selbstaussage, dass die Nutzung der Kellerräume für ihn wichtig ist. Das prompte Antworten der Planerin, dass man die Nutzung der Kellerflächen betrachten muss, sowie ihre Bemerkung, dass es multiple Begehrlichkeiten zur Nutzung gebe, deuten zudem darauf hin, dass vonseiten der Planungsebene ein Konfliktpotenzial im Hinblick auf Nutzungskonkurrenzen in den sowohl individuell als auch gemeinschaftlich genutzten Kellerräumen bereits antizipiert wird. Dies wird für sie in Anbetracht weiterer Verdichtungsprojekte keine Neuigkeit sein. Sie grenzt ein, dass man im Rahmen des bestehenden Platzangebotes schauen müsse. Sie zählt die verschiedenen Nutzungsarten vom Mieter_innenkeller bis hin zum Abstellplatz für Rollatoren auf und markiert damit die Aufgabe von Planung, Nutzungskonzepte im

Sinne des Allgemeinwohls zu erarbeiten. So wird implizit ein Antagonismus zwischen Partikularinteresse und Gemeinwohlorientierung aufgerufen, im Rahmen dessen dem Mieter bezüglich seines Einsatzes für den Erhalt des eigenen Kellers ein tendenziell egoistisch motiviertes Eigeninteresse unterstellt wird. Darüber zu befinden sei Aufgabe der Planung. Diese Setzung wird ohne dialogischen Austausch, ohne Rückversicherung, ob man etwas richtig verstanden hätte, und ohne die Andeutung eines Verhandlungsspielraumes aufgeführt. Obwohl nicht explizit geäußert wird, dass die einzelnen Mieter_innen hier nicht mitentscheiden können, transportiert sich der Ausschluss vom Einfluss über die Verteilung der räumlichen Ressourcen sehr deutlich. Deutungshoheit vollzieht sich hier über den Status als Planungsakteur_in. Partizipation und allgemeinwohlorientierte Planungspraxis sind dabei als *double-bind* verknüpft (siehe dazu auch Ahrens/Wimmer 2014): Während Interessierte offen zur Teilnahme eingeladen werden und die gemeinsame Arbeit an einer koproduktiven Planungskultur emphatisch betont wird, mithin also die Selbstbestimmung der Adressierten angerufen wird, wird gleichsam ein Partizipationsverständnis aufgeführt, das der Planung die Deutungshoheit über das Allgemeinwohl zuspricht und die Selbstbestimmung der Adressierten als potenziell eigennützig gegenüber einer allgemeinwohlorientierten Planung markiert.

Prägnant ist die Ahistorizität der Planungsebene. Es scheint keinerlei Anspruch auf ein wie auch immer gelagertes »Gewohnheitsrecht« im Planungsprozess zu geben. Die Bewohner_innen haben sich an die neuen Begebenheiten anzupassen. Der alltagsmäßige Gebrauch der Räume, die Nutzung der Keller – für viele der Bewohner_innen sicherlich ein jahrzehntelang genutzter, eigengestalteter Raum (vielleicht mit einer Werkstatt, als Kreativraum, als sozialer Ort) – liegt nicht im Fokus der Planerin. Die räumliche Ressource des Kellers ist aus alltagsakteur_innenorientierter Perspektive mehr als ein objektiv messbarer, abschließbarer Abstellraum, sondern kann gleichsam eine wesentliche Ressource darstellen, die für manche Freiheit, für andere ein Raum der Selbstwirksamkeitsentfaltung und für wieder andere ein Raum der Geselligkeit bedeutet. So ist denn auch der deutliche Einwurf des Mieters einzuordnen, der die Planerin mit den Worten unterbricht: »Also da brauchen wa uns eigentlich ja nich darüber zu unterhalten. Bei uns jibt's weder Fahrradkeller noch irgendwelche Keller, wo man wat unterstellen kann« (Beobachtungsprotokoll »Wohnen«: Z. 383f.). Bei ihnen gäbe es dazu keinen Diskussionsspielraum – am Status Quo sei nicht zu rütteln. Interessant ist, dass er in diesem Moment nicht von sich spricht, sondern von einem »Uns«, der Gruppe der Mieter_innen. Er wähnt sich in einem Kollektiv, in dem man die gleiche Ansicht vertritt. Er artikuliert klar, dass man sich darüber nicht zu unterhalten brauche. Darin schwingt die Berufung auf ein Recht auf gewohnheitsmäßige Nutzung ebenso mit wie der Widerwille, so nicht über sich bestimmen zu lassen. Seinen Widerstand führt er im Modus des Alltagshandelns auf – weder ändert er seine Sprache ins Hochdeutsche noch passt er die Tonalität der Sprache an die sachlichen Kommunikationsroutinen von Planung und

Verwaltung an. Seine Ausführungen sind nicht argumentativ orientiert, er plausibilisiert nicht, wieso dies nicht infrage kommt, sondern setzt eine absolute Grenze. Seine »Arbeit an der Partizipation« (Bareis 2012) ist die Grenzziehung gegenüber der geplanten Beschränkung seiner Ressourcenausstattung.

Interessant ist nun, dass im weiteren Verlauf der Beantwortung der Frage durch die Planerin keinerlei Bezugnahme auf die umkämpfte Kellersituation erfolgt. So wird weder gefragt, wer noch etwas gegen die Änderung der derzeitigen Regelung habe, noch werden Ideen ausgetauscht, wie man den Nutzungsbedarfen evtl. anderweitig entgegenkommen könne. Während die anschließende Frage des Bewohners zu den Fahrstühlen eher den Charakter einer aus einer interessierten Position heraus gestellten Sondierungsfrage gleicht – und von der Planerin beantwortet wird, wird seine mit Emotionalität vorgetragene Grenzziehung bezüglich des Kellers keinen Augenblick lang durch sie aufgegriffen. Fragen zur Planung oder zum Prozess werden im Modus der Kommunikation als Informationsweitergabe beantwortet, wohingegen widerständige Artikulationen nur bedingt beantwortet werden. In dieser Sequenz zeigt sich erneut der umkämpfte Raum in der Konfliktarena der Situation. Der hier ausgetragene territoriale Kampf um die Kellerräume ist ein Kampf unter ungleichen Partner_innen. Die Widerstände gegen die Planungen der Wohnungsbaugesellschaft, die Keller neu zu sortieren, finden in der Situation selbst zwar die Adressatin, die über eine Leitungsfunktion in der Institution verfügt. Da die Veranstaltung jedoch weder der Ort ist, an dem über die Planungen entschieden wird, noch ein Ort der Diskussion darüber, erhält der Mieter (der sich stellvertretend für andere mit äußert) zwar den Raum, die Kritik zu artikulieren. Es entwickelt sich daraus aber keine Gelegenheit, über diese in den Austausch zu treten. Im Rahmen der Veranstaltung wird diese Ressourcenfrage weder weiter verhandelt noch wird auf einen anderen Ort verwiesen. Das heißt, die Planerin, die eben noch fragte »Wo können Sie sich einbringen?« (Beobachtungsprotokoll »Wohnen«: Z. 353.), verknüpft den institutionell vorgesehenen Möglichkeitsraum der Partizipation nicht mit den Gesprächsbedarfen der Alltagsakteur_innen vor Ort. Diese bringen ihren Bedarf nicht diskursiv exakt in dem Maße ein, dass sie die entsprechend anschlussfähigen Termini verwenden, durch ihre Kritik fordern sie einen Raum der Partizipation jedoch deutlich ein. Die Artikulation des Mieters wird schließlich allenfalls in der schriftlichen Dokumentation zu lesen sein. Schlussendlich verschwindet die Kritik der Alltagsakteur_innen im verwaltungsförmigen Diskurs. Es bleibt zu vermuten, dass sie nicht die Schwelle der Sichtbarkeit über die punktuelle Veranstaltung hinausschaffen wird. Das Setting begünstigt eine Privatisierung und damit Unsichtbarmachung von kritischen, widerständigen und protesthaften Artikulationen.

10.9 Widerstand kollektiver Akteur_innen

10.9.1 Praktiken in Verbindung mit städtischen sozialen Bewegungen

In den Situationen der Praxis sind immer wieder auch Akteur_innen aus sozialen Bewegungen dabei. Das liegt auf der Hand, denn dort werden stadtplanerische Vorhaben thematisiert, gegen die sich die Kritik der Initiativen richtet. Sie sind Zusammenschlüsse, die für den zivilgesellschaftlichen Diskurs in der Stadt von zentraler Bedeutung sind. Im Folgenden sollen daher, etwas anders als in den vorangegangenen Abschnitten, zunächst städtische soziale Bewegungen als Praxis kurz beschrieben und kontextualisiert werden, um dann entlang empirischer Spuren deren Wirkungen auf die Situation hinsichtlich der Relationen zu nicht-organisierten Alltagsakteur_innen zu beleuchten.

Städtische soziale Bewegungen handeln nicht in erster Linie aus dem Impuls heraus, die persönlichen Zugänge zu Ressourcen zu verbessern oder ein Bauvorhaben vor der eigenen Haustür zu verhindern: städtische soziale Bewegungen orientieren – anders als etwa NIMBY-Initiativen³ (siehe dazu etwa Menzl 2014) – auf gesellschaftliche Probleme und Konflikte. Soziale Bewegungen lassen sich durch vier Merkmale charakterisieren: sie verfügen über einen gewissen Organisationsgrad und vermögen es, Menschen zu mobilisieren; sie sind orientiert auf Gesellschaftskritik und streben sozialen Wandel an; sie sind meist längerfristig angelegt und stabilisieren sich über die Kohäsionskräfte kollektiver Identität und schließlich organisieren sie Aktionen, die sich von konventionellen Formen politischer Partizipation (wie etwa Wahlen) unterscheiden (Lahusen 2012, zit.n. Gestring/Ruhne/Wehrheim 2014a: 13).

Städtische soziale Bewegungen beziehen sich auf übergeordnete kritische Diskurse. Eine zentrale Rolle dabei spielt das »Recht auf die Stadt« (Lefèbvre 2016; Schmidt 2020). »Unter dem Stichwort ›Recht auf die Stadt‹ konstituieren sich weltweit neue städtische Protestbewegungen, die gegen die neoliberale Hegemonie eigene Ansprüche an den städtischen Entwicklungen einfordern« (Gebhardt/Holm 2011). Zu städtischen sozialen Bewegungen liegen vielfältige Arbeiten auf theoretischer und praktischer Ebene vor (Gestring/Ruhne/Wehrheim 2014b). Sie setzen sich kritisch und protesthaft u.a. mit der Ökonomisierung der Städte und deren sozialen problematischen Implikationen auseinander – etwa die Mieter_innen-Proteste in Berlin und New York (Scheller 2020), die Blockupy-Bewegung in Frankfurt a.M. (Mullis 2017), Proteste nicht-kommerziell orientierter Kunst- und Kulturschaffender in Frankfurt a.M. (Dzudzek 2016) und Potsdam (Pigorsch/Lack 2015), Protestbewegungen gegen den Abriss von Gebäuden der Ostmoderne in Ostdeutschland (Tomczak/Lutz/Zschoke 2018) oder vielfältige emanzipatorische

3 NIMBY steht für engl. »Not in my Backyard«, dt. »Nicht in meinem Hinterhof«.

Initiativen von ausgebeuteten und ausgegrenzten Gruppen, wie etwa die sozialen Kämpfe von Sexarbeiter_innen in Madrid (Künkel 2011) oder von Straßenhändler_innen in Dhaka (Etzold 2011).

Die Praxis in städtischen sozialen Bewegungen wird hier als zivilgesellschaftliche Praxis gefasst, die zentral mit Subjektbildungsprozessen der Akteur_innen einhergeht. Sie eint eine gemeinsame Kritik an konkreten bestehenden gesellschaftlichen Zuständen. Die im empirischen Material der vorliegenden Arbeit vorfindlichen Spuren städtischer sozialer Bewegungen zeigen Initiativen, die sich gegen Planungen und Stadtentwicklungsprozesse richten, die als gesellschaftlich nicht sinnvoll oder nicht notwendig erachtet werden. Der Kritik kommt dabei die Funktion eines Motors gegenhegemonialer Praxis zu. Die Initiativen bilden einen Raum, in dem die gesellschaftlich blockierten Interessen und Bedürfnisse gemeinsam interpretiert und deren Fehlen in politische Forderungen und Ideen überführt werden. Im kollektiven Prozess der Selbstvergewisserung entstehen Räume eigensinniger Praxis: sie machen es anders, probieren neu, entwickeln Utopien. Die kollektiven politischen Zusammenschlüsse, die soziale städtische Bewegungen immer auch sind,

- stellen Öffentlichkeit für ein soziales oder gesellschaftlich relevantes Thema her und bilden gleichsam eine kritische Gegenöffentlichkeit,
- verfügen über ein Kommunikationsnetzwerk, das sie nach innen verbindet und nach außen sichtbar macht,
- sind arbeitsteilig aufgebaut und bündeln Ressourcen, meist gibt es Schlüsselakteur_innen, von deren Netzwerken die Initiative profitiert oder die die Initiative nach außen hin vertreten und als Symbolfigur mit Identifikationscharakter fungieren (Pigorsch/Lack 2015: 116),
- öffnen sich je nach Selbstverständnis für kommunale Gremien – nehmen also an formellen/informellen Formen der Partizipation teil und/oder gründen eigene neue Zusammenschlüsse (siehe dazu Rinn 2017),
- nutzen handlungsorientierte Strategien, um Macht aufzubauen (wie z. B. Aktionen/Transparente im Stadtraum, Aufbau von Webseiten zur Informationsvermittlung, aktive Vernetzung mit anderen Initiativen, Organisation von Kampagnen und Veranstaltungen, Pressearbeit),
- führen Praktiken des Widerstands und Protests auf, dies können neben »klassischen« Protestformen wie Demonstrationen, Stellungnahmen und Bürgerbegehren kreative Formate und Formen zivilen Ungehorsams sein (beispielhaft Tomczak/Lutz/Zschöge 2018; Initiative »Lucius-Burckhardt-Platz bleibt!« 2016) und
- haben Sympathisant_innen im Umfeld, die sich nicht zwangsläufig selbst in die Arbeit der Initiative/Bewegung einbringen, aber deren Aktivitäten wohlwollend beobachten und sich im Konfliktfall auch solidarisch zeigen (Pigorsch/Lack 2015: 130).

Wenn kollektive Akteur_innen hegemonial strukturierte Diskursräume betreten, agieren sie im Spannungsfeld zwischen eigenen Kommunikationsroutinen der Initiative und dem veranstalteten Kommunikationsraum mit seinen je eigenen Regeln und Formatierungen. Nicht selten bedienen sie sich der rationalen Sprache von Politik und Verwaltung, indem sie die eigenen Argumente bündeln und als »kompetente« Subjekte (wie in Abschnitt 9.3 »Der ›Super-Bürger« herausgearbeitet) in den Diskussionen auftreten. Diese Passungspraktiken, in denen eine kommunikative Anschlussfähigkeit in diesen Situationen hergestellt wird, sind vor dem Hintergrund der Sensibilisierung für soziale Ausschließungsprozesse relevant.⁴

Häufig sind Situationen veranstalteter Partizipation nicht die primären Orte, im Rahmen derer die Initiativen sichtbar werden. Sondern die Aktionen städtischer sozialer Bewegungen sind kollektive Interventionen, bei denen Formate veranstalteter Partizipation als Ort der Inszenierung eine Rolle spielen *können*, wie etwa beim »Partizipationsbingo« (Dzudzek 2016: 310ff.). Sie stellen jedoch nicht zwangsläufig die zentralen Räume der Kritikartikulation dar. Im Rahmen dieser Arbeit stehen die Vielfalt und politische Tragweite von Praktiken städtischer sozialer Bewegungen nicht im Vordergrund. Dennoch ist deren Initiativität und die Gegenmacht, die sie aufbauen, auch für die Situation veranstalteter Partizipation von Bedeutung. Denn deren Gegendiskurs wirkt vielfältig in die Situationen hinein. Dies wird im Folgenden anhand zweier Beispiele illustriert. So kann gezeigt werden, wie sich Alltagsakteur_innen ohne organisationale Anbindung an städtische soziale Bewegungen trotzdem auf deren Diskurse beziehen, von diesen bestärkt werden und sich somit auch Widerstand vor Ort verändert.

Der folgende Ausschnitt aus einem Beobachtungsprotokoll dokumentiert eine Form materiell symbolisierten Widerstands. Es handelt sich um eine Veranstaltung, im Rahmen derer über ein großes Bauvorhaben informiert wird. Ein überregional bedeutsamer IT-Standort soll in einer zentralen Lage in einer Großstadt entstehen. Das Gelände, das dafür vorgesehen ist, ist seit Jahrzehnten ungenutzt. In der durch Gentrifizierungsprozesse gekennzeichneten Großstadt gibt es mehrere Initiativen, die einer neoliberalen Stadtentwicklung kritisch gegenüberstehen. Eine von ihnen setzt sich vor dem Hintergrund anzunehmender sozialer Verdrängungsprozesse gegen das Großprojekt ein. Es sei klar, dass mit dem Großprojekt auch

4 Gestring, Ruhne und Wehrheim (2014a) zeichnen die hohen Voraussetzungen an Akteur_innen sozialer Bewegungen nach. So müssten diese etwa »über eine ausgeprägte gesellschaftliche ›Diagnosefähigkeit‹ verfügen, die sie dazu befähigt, gesellschaftlich relevante Probleme und potentielle Konflikte, in die soziale Bewegungen intervenieren könnten, zu erkennen und zu bezeichnen [sowie, S.P] [...] in der Lage sein, ihr Anliegen so zu artikulieren, dass verständlich wird, worum es ihnen geht, welche Ziele sie haben und wie sie diese Ziele erreichen wollen« (ebd., S. 14). Das soziale Kapital, das dafür nötig sei, sei eher bei der akademisch gebildeten Mittelschicht zu finden.

steigende Mieten im Umfeld des Standortes einhergehen würden. In der ohnehin immer teurer werdenden Stadt seien Mieter_innen mit geringen finanziellen Mitteln zunehmend gefährdet. Die Veranstaltung findet in einem nicht-kommerziell orientierten Club statt. Die Betreiber_innen sympathisieren mit der städtischen Bewegung. Sie wurden im Vorfeld angefragt, ob die Veranstaltung in ihren Räumlichkeiten stattfinden kann. Die kritische Einstellung zum Bauvorhaben zeigt sich auch an der materiellen Gestaltung des Settings durch die Clubbetreiber_innen.

Auf dem Gelände befindet sich ein selbstorganisierter Club: ein Ort für das Nachtleben, Electro-Parties, Konzerte, Lesungen. Als ich mich nähere, sehe ich einige Personen am Eingang stehen. Sie essen Brötchenhälften mit Aufstrich und Petersilien-Deko. Einige schließen gerade ihre Fahrräder an. Hier und da begrüßen sich Menschen per Umarmung, stehen beieinander, hier und da wird geraucht. Ein Mann im hochwertigen Wagen parkt am sandigen Seitenstreifen, er steigt aus und greift sich eine Aktentasche. Etwas abseits steht der Geschäftsführer der Firma, die bauen will und wird von einem lokalen Journalisten fotografiert. [...] Im Eingangsbereich sehe ich das Buffet mit Tablett neben in Reihen aufgestellten Saft- und Wasserflaschen samt Gläsern. Auch Suppe in Schalen gibt es. Kein Wegwerf-Geschirr. Eine Frau steht hinter dem Buffet und lächelt diejenigen an, die zugreifen. Wer das Buffet passiert hat, geht ins Dunkle. Es ist ein krasser Unterschied zwischen der sonnigen Frühlingsstimmung draußen, die langsam in die Dämmerung übergeht, und dem abgedunkelten höhlenartigen Raum, in dem die Veranstaltung stattfindet. Der Saal, ein großer quaderförmiger Clubraum, hat schwarz getünchte Wände. Viele Traversen hängen von der Decke. Ein großes Mischpult. Lautsprecher. Etwa 200 Plastikstühle sind in Reihen links und rechts, getrennt durch einen Mittelgang, aufgestellt. [...] Hier und da sitzen bereits Leute. An den Wänden verteilt kleben an mehreren Stellen handschriftlich beschriebene Blätter im A3-Format, die Slogans und Protestsprüche zeigen. Gegen soziale Verdrängungsprozesse aufgrund des Bauprojekts. Die Schrift ist grün und weiterhin gut lesbar. Sie erinnern mich an rasch beschriebene Demo-Schilder. Mit Gewebeband sind sie an der Wand befestigt, einige ein wenig zerknittert. (Beobachtungsprotokoll »Gewerbestandort«: Z. 22–47)

Artefakte des Protestes sind Teil der inszenierten Raumgestaltung dieser Informations- und Diskussionsveranstaltung zu einem umstrittenen Bauvorhaben. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Plakate an den Wänden die Positionen der Club-Betreiber_innen darstellen. Sie haben so dafür Sorge getragen, dass *ihr* Raum als politischer Ort weiterhin erhalten bleibt. Das Aufhängen der Plakate kann als Kompromiss gewertet werden zwischen der Selbstpositionierung »dagegen« und der Öffnung des Raumes für die Diskussion darüber mit Akteur_innen aus Planung, Verwaltung und Vertreter_innen des Investors. Die Plakate sind jedoch nicht nur Artefakte des Protestes gegen das spezifische Bauvorhaben, sondern sie sind Arte-

fakte des Protestes städtischer sozialer Bewegungen für ein »Recht auf Stadt« – also für bezahlbare Mieten, Freiräume, soziale Vielfalt und gegen neoliberale Stadtentwicklungspolitiken. Das heißt die soziale Bewegung reicht materiell in die Situation hinein und stellt durch diese diskursiven Praktiken eine Präsenz in der Situation her.

Da die Initiativen häufig arbeitsteilig vorgehen, gibt es meist Schlüsselakteur_innen, die zeitlich langfristig mit der Initiative verbunden sind und regelmäßig an Veranstaltungen teilnehmen. Sie sind häufiger dabei als andere, investieren viel Zeit in die Akkumulation, Diskussion und Artikulation von Wissen und nehmen auch eine wichtige soziale Rolle innerhalb der Initiativen ein. Sie verkörpern gewissermaßen den Diskurs zur Thematik und wirken entsprechend verbindend nach innen. Wenn sie Räume veranstalteter Partizipation betreten, repräsentieren sie die Initiative (ob intendiert oder nicht) nach außen. Mit zunehmender Häufigkeit der Teilnahme und generell mit zunehmender zeitlicher Kontinuität des Engagements in den sozialen Bewegungen sind die Schlüsselakteur_innen im städtischen Raum bekannt. Sie gehören auch zu jenen, die von Verwaltung und Planung als die »üblichen Verdächtigen« (In-vivo) gerahmt werden. Diese Akteur_innen sind gleichsam zentral bei der Betrachtung des situierten Widerstands.

Auf der Veranstaltung im Club kommen neben Interessierten auch die Planner_innen, Vertreter_innen der Behörden und des Investors des Bauvorhabens zusammen. Nach der Vorstellung des Planungsstandes geht es über in den Diskussteil.

Ein Mann im mittleren Alter, der auch schon einige Zwischenrufe gemacht hatte, fragt erstens, warum denn nicht jemand aus der kommunalen Stelle für Bürgerbeteiligung als Moderator eingesetzt worden sei. Zweitens wolle er wissen, in welcher Beziehung der Investor zur Firma [Name der Firma] stehe. Und drittens fragt er mit ironischem Unterton »Wer sind die angeblichen Ankermieter aus [Gebietsbezeichnung]?«. Der leitende Verwaltungsmitarbeiter antwortet auf die erste Frage. Er sagt, dass er es sicher verstehen werde, dass er die kommunale Stelle für Bürgerbeteiligung beauftragt hätte, aber dass deren Kapazität »einfach nicht gegeben« sei und »wir müssen auch sehen, dass wir weitere kompetente Moderatoren« für solche Aufgaben finden. Häkchen dran, Frage beantwortet. Der Geschäftsführer der Firma, die den IT-Standort entwickeln will, übernimmt daraufhin das Mikrofon und antwortet auf die gesammelten Fragen. [...] Er stockt ein wenig mit seinen Ausführungen. Dann sagt er mit Blick auf den Mann, der die drei Fragen gestellt hat: »Sie sind doch [Vorname Nachname], Sie würde ich nachher nochmals sprechen wollen«, um »Dinge und Falschdarstellungen« klarzustellen. Dabei zeigt er in den Eingangsbereich in Richtung des Buffets. »Das können wir auch hier machen«, erwidert dieser prompt für alle gut verständlich. »Ich glaube nicht, dass das für alle interessant ist«, reagiert der Geschäftsführer. Von mehreren Seiten ertönt ein »Doch!« mit Nachdruck. Die Ankermieter wür-

den sie »mit Erteilung der Baugenehmigung nennen«. Einige der Menschen im Publikum schütteln Köpfe, bekunden ihren Unmut. Es ist Bewegung im Publikum, als würde eine leichte Windböe über eine Wiese ziehen. (Beobachtungsprotokoll »Gewerbstandort«: Z. 202–223)

Der Mann, der sich mit den drei Fragen zu Wort meldet, ist eine Schlüsselfigur einer städtischen sozialen Bewegung und politisch seit Jahren vielfältig in der Stadt engagiert. Er ist einer dieser »üblichen Verdächtigen« (In-vivo), die immer wieder auf Veranstaltungen auftauchen, sehr gut informiert und vernetzt sind. Er stellt kritische Fragen, die auf ein fundiertes Wissen zum Bauvorhaben hindeuten. Als Teil einer vernetzten Szene von Akteur_innen ist er mit Informationen versorgt und versorgt gleichsam andere mit Informationen. Der Widerstand vor Ort geschieht in der Form provokanter Fragen, die auf das Vorliegen vertieften Wissens zum Bauvorhaben hindeuten. Es sind heikle Fragen, die die Grenze von öffentlicher Selbstdarstellung des Bauträgers und zivilgesellschaftlich eingeforderter Transparenz bearbeiten. Gleichsam wird er diskursiv von Politik und Planung wahrgenommen, dies zeigt sich zuletzt am Ansinnen, die »Dinge und Falschdarstellungen« (ebd.: Z. 216f.) zu klären. Hier muss es eine Kommunikation außerhalb der spezifischen Situation gegeben haben. Das heißt, die Bearbeitung der Thematik wird nur zu einem sehr geringen Teil im Rahmen solcher Veranstaltungen verhandelt. Der gegenhegemoniale Diskurs war vor der Situation da und es wird ihn voraussichtlich auch im Nachhinein geben. Dieser ist, anders als die Kritik der nicht-organisierten Alltagsakteur_innen, explizit und gleichsam expliziert. Die Kritik ist argumentativ ausformuliert, verschriftlicht und steht dabei in Beziehung zur kritischen Stadtforschung, aus der sich die Kritik diskursiv speist. Insbesondere die Schlüsselakteur_innen sind diejenigen, die dieses kollektiv erarbeitete und formulierte Wissen kommunikativ teilen und es in gewisser Weise auch personell symbolisieren. Dies verweist einmal mehr auf die Dimension der Arbeitsteilung in der Organisation der Initiative. Eine Konstruktion als »üblicher Verdächtiger« ist aus der Perspektive auf die kollektiven Strategien der Initiative daher unterkomplex. Für die Initiative macht es Sinn, sich hinsichtlich der Fähigkeiten jedes Einzelnen zwischen den vielfältigen Aufgaben, die sie zu bewerkstelligen hat, aufzuteilen. Der Akteur aus dem Beispiel übernimmt vielmehr die Funktion, in Situationen veranstalteter Partizipation eine Öffentlichkeit für die Themensetzung der Initiative herzustellen und diese zu verteidigen. Er tut dies, weil er es »gut kann« und die Ressourcen dazu hat, während andere Akteur_innen der Initiative andere Funktionen wahrnehmen. Dies soll nicht ausblenden, dass es immer auch Dominanzstrukturen innerhalb von Initiativen geben kann, die dazu führen können, dass sich bestimmte Akteur_innen »üblicherweise« durchsetzen. Die Bezeichnung als »übliche Verdächtige« bringt jedoch diskursiv eine Abwertung der Person und der Initiative hervor. So werden jene, die in Situationen veranstalteter Partizipation häufig zugegen sind, als weniger relevant ge-

rahmt und damit aus der Zielgruppe der Formate ausgeschlossen. Je häufiger sie auf den Veranstaltungen anzutreffen sind, desto eher betonen die organisierenden Akteur_innen das Ansinnen breiterer Beteiligung, die mehr Menschen erreicht und niedrigschwellig ist. Das impliziert aber auch, dass Hochschwelligkeit und ›Mittelschicht-Bias‹ tendenziell den Engagierten zur Last gelegt wird. Dabei ist deren arbeitsteilige Praxis – etwa, dass einige Akteur_innen sich für die öffentliche Debatte zur Verfügung stellen, also zu Schlüsselakteur_innen werden – Ausdruck einer Organisationsform, die es am ehesten vermag, zur inszenierten Situation in Passung zu gehen. Insgesamt wird die intensive Arbeit, Vernetzungsstrukturen und Wissen in dieser Form zu akkumulieren, nicht gewürdigt.

Der Geschäftsführer der Firma, die das Bauvorhaben projektiert, möchte im Zwiegespräch Informationen geben, um Sachverhalte klarzustellen. Die Verlagerung in den Raum des Nicht-Öffentlichen lehnt der Angesprochene jedoch ab, stattdessen schlägt er vor, diesen Austausch im öffentlichen Raum der Veranstaltung zu eröffnen. Der Geschäftsführer erwidert, dass er glaubt, dies sei nicht für alle interessant. Prägnant ist nun, dass daraufhin die implizit Adressierten mit »Doch!« (ebd.: Z. 220) antworten. Die kollektive Antwort verleiht der Aussage Nachdruck und macht das zu besprechende Thema zu einem Thema von Relevanz für die Verhandlung in der Konfliktarena. Das heißt, dass der Widerstand in Form von Problematisierungen vonseiten der Initiative durch die bestärkende Betonung den Handlungsdruck auf den Geschäftsführer erhöht, in der öffentlichen Arena Antworten zu geben. Die Praktiken der Akteur_innen der Initiative und ihres sympathisierenden Umfeldes können aneinander anknüpfen und so einen Gegendiskurs bilden, der der Situation vor- und nachgängig ist, auch, weil er einen anderen sozialen Ort hat, an dem er gebildet, materialisiert und transformiert wird.

Für Alltagsakteur_innen, die einem Planungsvorhaben kritisch gegenüberstehen, kann der Gegendiskurs, den städtische soziale Bewegungen errichten, eine bestärkende Größe hinsichtlich der eigenen politischen Positionierung sein. Dies dokumentiert sich auch im folgenden Beispiel. In einer ostdeutschen Großstadt setzt sich eine Initiative für den Erhalt eines Gebäudes der Nachkriegsmoderne ein, das zu DDR-Zeiten errichtet wurde. Im Zuge der Stadtentwicklungspolitik nach 1990 sind in der Innenstadt bereits zahlreiche Gebäude zum Zwecke der Aufwertung und Rekonstruktion nach historischem Vorbild zum Opfer gefallen. Die Initiative begleitet die Entwicklungen in der Stadt kritisch. Das zentrale Gebäude, das abgerissen werden soll, spaltet die Stadtgesellschaft in jene, die es für einen »Schandfleck« (In-vivo) im Stadtzentrum halten und jene, die das Potenzial des Baus und seiner Nutzungsmöglichkeiten sehen. Der Protest der Initiative zeitigt vielfältige Formen und schriftliche Positionierungen. Schließlich soll das Gebäude den Protesten zum Trotz abgerissen werden. Zur Informationsveranstaltung über den Abriss kommen neben

Initiativenvertreter_innen, Interessierten, Presse, politisch Verantwortlichen auch einige Bewohner_innen aus dem Umfeld des Gebäudes.

Die kleine adrette Frau, in Kostüm und mit Pumps gekleidet, ist 1951 geboren. Sie ist mit zwei Freundinnen bzw. Nachbarinnen zur Veranstaltung gekommen und sie verlässt diese auch wieder mit ihnen. Eine ihrer Begleiterinnen hat Flyer und Infomaterial einer Initiative für eine alternative Stadtentwicklung in der Innenstadt dabei, sie hält sie in den Händen und blättert während der Veranstaltung darin. Die Frau sitzt unmittelbar hinter mir und wir haben Blickkontakt. Draußen, nach Verlassen der Veranstaltung, spreche ich sie an und frage die drei, ob sie hier wohnen würden und ob sie vom Abriss direkt betroffen wären. Sie kommt gleich mit mir ins Gespräch und erzählt ganz offen. Die Veranstaltung wirkt noch nach. Sie sei eine Frau, die die Entwicklungen der Stadt seit einigen Jahrzehnten mitverfolgt habe. Der Reihe nach spricht sie über sämtliche Gebäude am Platz, die entweder abgerissen oder neu wiederaufgebaut wurden. Sie ist deutlich nicht einverstanden mit den politischen Entscheidungen nach 1990, was die städtebaulichen Entwicklungen und Planungen anbetrifft. Sie scheint auch soziokulturell durch ihre Mitgliedschaft in der Wohnungsbaugenossenschaft und den damit zusammenhängenden Gleichgesinnten geprägt. Sie habe da ihre »Spezialkontakte«, um an Wissen über die aktuellen Entwicklungen und Termine rund um Informationsveranstaltungen zu kommen. Ohne diese sei es schwer, überhaupt davon mitzubekommen. Nichts habe der Bauträger oder die Stadt unternommen, um die Anlieger_innen über die Veranstaltung zu informieren, man würde es schlichtweg doch gar nicht mitbekommen. Wer lese heut noch Zeitung. Und selbst da – nur ein ganz kleiner Beitrag wurde abgedruckt mit dem Hinweis auf die Versammlung. (Gesprächsprotokoll »Abriss«: Z. 2–23)

Die Anwohnerin hat Informationsmaterial einer Initiative dabei, die sich gegen den Abriss von DDR-Architektur in der Stadt positioniert und für das »Recht auf Stadt« insbesondere derjenigen kämpft, die sich eine teurere Stadt nicht mehr leisten könnten. Das Informationsmaterial wirkt als »aktiver Text« (Smith 1998) in die Situation hinein, indem es als Referenz für die eigene Positionierung genutzt wird. Dieses Material, das sie während der Veranstaltung in den Händen hält und darin blättert, versichert sie ihrer Positionierung zur Sache. Die Aktivitäten der städtischen sozialen Bewegung zeitigen Effekte auf der Ebene der Solidarisierung zwischen Initiative und Alltagsakteur_innen ohne organisationale Anbindung. Zudem verfügt sie über »Spezialkontakte« (ebd.: Z. 17), womit gemeint sein könnte, dass sie von anderen regelmäßig Informationen erhält. Mittels des dezentrierten Blicks kann die Grenze des situierten Diskurses erweitert werden um den kritischen Gegendiskurs, der in der Situation vorfindlich ist, auch wenn Planung und Verwaltung keinen solchen diskursiven Raum antizipieren. Das Beispiel verweist darauf, dass der Widerstand der städtischen sozialen Bewegung nicht nur eine Angele-

genheit zwischen den Akteur_innen der Initiative und den Entscheider_innen und Planer_innen ist, sondern dieser auch die nicht-organisierten Alltagsakteur_innen tangiert. Es sind Spuren von Initiativität (Arendt 1970) der Alltagsakteur_innen sichtbar, die sich gegen das Beschneiden ihrer Ressourcenzugänge wenden. Soziale Arbeit sollte hieran aktiv anknüpfen, indem sie sich diesen Gegendiskursen und -praxen zuwendet und für Initiativität aufseiten der Alltagsakteur_innen sensibilisiert ist. Dies erscheint im Ansinnen einer Sozialen Arbeit als Makropraxis (vgl. u. a. Netting et al. 2017; Schmidt/Pigorsch 2022) relevant, um soziale Veränderungen im Gemeinwesen zu bewirken.

10.9.2 NIMBY-Proteste

Neben städtischen sozialen Bewegungen sind auch die sogenannten NIMBY-Initiativen in Situationen veranstalteter Partizipation anzutreffen. In diesem Unterabschnitt sollen die Praktiken einer NIMBY-Initiative in den Blick genommen werden, um die Betrachtung von Widerstand in Situationen veranstalteter Partizipation zu erweitern und nach möglichen Ausschließungen zu befragen. Man kann zunächst festhalten, dass die Alltagsakteur_innen aus der Forschungsperspektive *from below* nicht deckungsgleich sind mit der Gruppe der NIMBY-Akteur_innen.

Initiator_innen öffentlicher Bauprojekte stehen heute vor der Herausforderung, trotz teils massiver Proteste Projekte zu planen und umzusetzen. Dementsprechend oft sind die dazugehörigen Situationen veranstalteter Partizipation Orte des Protests. NIMBY-Proteste stehen, so Menzl (2014), »für Positionen, die darauf abzielen, planerische Projekte im eigenen räumlichen Umfeld – unabhängig von der Frage, ob sie für gesellschaftlich sinnvoll oder notwendig erachtet werden – zu verhindern, da mit ihnen negative Effekte für die eigenen Interessen verbunden werden« (ebd.: 65). Sie unterscheiden sich nach der klassischen Definition von sozialen Bewegungen, weil sie sich nicht in erster Linie für sozialen Wandel einsetzen, sondern »in denen sich häufig nachbarschaftsorientierte Interessen artikulieren« (Gestring/Ruhne/Wehrheim 2014a: 7) und die entsprechend auf das Lokale fokussiert sind (ebd.: 11). Die Stadtforschung streitet, ob dieser Bewegungstypus zu den sozialen Bewegungen gerechnet werden kann, weil es ihnen

»oft sowohl um den Gebrauchswert von Stadt und Nachbarschaft als auch um den Tauschwert von Immobilien [geht]. Konkrete Aktionen richten sich beispielsweise gegen Müllverbrennungsanlagen, Flüchtlingswohnheime, Fixer-Stuben, Hospize, Justizvollzugsanstalten, gegen – als zu laut empfundene – Kindergärten in der eigenen Nachbarschaft, gegen Schnellstraßen oder für den Neubau von Umgehungsstraßen zur Entlastung von Wohngebieten« (ebd.: 9f.).

Wichtiges Kriterium dafür, dass NIMBY-Bewegungen nicht zu den sozialen Bewegungen gezählt werden, sei neben der normativen Zuschreibung auch die gute sozioökonomische Situiertheit der Akteur_innen (ebd.: 10). In der öffentlichen Wahrnehmung stößt eine NIMBY-Haltung bisweilen auf Ablehnung, »da die einseitige Verfolgung von Partikularinteressen oft ausschließlich auf den Erhalt des Status quo fokussiert sei, sich damit gegen die Interessen des Gemeinwohls oder anderer sozialer Gruppen stelle und meistens auch nicht in konstruktive Alternativvorschläge zur Lösung eines Problems münde« (Menzl 2014: 65f.).

Für die Seite der Planungsverantwortlichen sind die Proteste häufig etwas, gegen das man sich »wappnen« muss, das zeitliche und personelle Ressourcen erfordert. Das Beispiel der Planung zu einem Sportplatz, gegen den sich die Anwohner_innen einsetzen, soll dies im Folgenden verdeutlichen. Dieses wurde auch schon an anderer Stelle hinsichtlich der materiellen Praktiken beleuchtet (siehe Unterabschnitt 8.4.1 »Invisibilisierung von Alltagsakteur_innen I: Das Beispiel eines Top-down-Verfahrens«). Planungsakteur_innen bringen sich materiell und personell in Stellung, um den geschickten »Angriffen« in Form von Stellungnahmen, Gutachten und Alternativvorschlägen der Initiative zu begegnen. Es ist kein Zufall, dass die Wortwahl hier Assoziationen zu kriegerischen oder kämpferischen Auseinandersetzungen hat: Der Planer in der spezifischen Situation meinte im Vorfeld der Veranstaltung, dass er das Wochenende zur Entspannung vor der Veranstaltung bräuchte. Auf die Frage hin, ob denn die Anwohner_innen die Planung noch verhindern könnten »schüttelt [der Planer] deutlich den Kopf, blickt nach unten. »Nein, das haben wir alles richtig intensiv geprüft, das ist alles hieb- und stichfest.« (Beobachtungsprotokoll »Sportplatz Bewohner_innen«: Z. 258f.). Die antagonistische Rollenverteilung wird durch die Konstruktion einer Trennung zwischen öffentlich-allgemeinwohlorientierter Perspektive und privat-eigeninteressegeleiteter Perspektive befördert. Die Assoziationen von »NIMBY = partikulares Interesse = schlecht« einerseits und »Planung = allgemeinwohlorientiert = gut« andererseits sind bereits performativ, noch bevor die Veranstaltung begonnen hat.

Im Folgenden soll ein empirischer Blick in die widerständigen Praktiken einer Initiative geworfen und Praktiken der Einflussnahme in der Konfliktarena genauer beleuchtet werden. Auch hier ist es so, ähnlich wie in den städtischen sozialen Bewegungen, dass einzelne Schlüsselakteur_innen eine exponierte Rolle in der Außenkommunikation der Initiative einnehmen. Die Initiative in diesem Beispiel ist daran interessiert, den Bau eines wettkampffähigen Sportplatzes in unmittelbarer Nähe zu ihrer Einfamilienhaussiedlung zu verhindern. Sie hat mit einem Schreiben Stellung genommen und Gutachten in Auftrag gegeben bzw. eingefordert. Der Ausschnitt aus dem Beobachtungsprotokoll soll verdeutlichen, mit welchen »Waffen« die Initiative hier gegen die Planungsebene in der Konfliktarena antritt und wie Planung und Verwaltung »parieren« (Beobachtungsprotokoll »Sportplatz Bewohner_innen«: Z. 259).

Der Mann in der ersten Reihe (ein Anwohner) fragt gezielt: »Gab es ein Lichtschutzgutachten in Bezug zur Tierwelt?«. »Das wird im Artenschutzgutachten mit verhandelt«, beantwortet der Verwaltungsmitarbeiter die Frage. »Das heißt, die Blendfreiheit ist überzeugend für mich, aber wie ist es für die Tiere?«, hakt der Mann in der ersten Reihe nochmals nach. Sie sprechen die gleiche Sprache. In einer atemberaubenden Geschwindigkeit rattert der Ansprechpartner aus der Verwaltung nun Informationen zum Sachverhalt herunter. »Auf die gesetzlichen Bestimmungen wird geachtet«, ein »Ameisennest« werde »durch Experten« umgesetzt, um die »Amselbrut« nicht zu stören, würden »Bäume nicht in der Brutzeit« gefällt, die Fläche werde hinsichtlich der »Reptilien untersucht«, »Fledermäuse muss man auch mal prüfen«. [...] Der Anwohner aus der ersten Reihe: »Darf ich mal fragen, die Begehung erfolgt immer durch Frau [Nachname]?« Ja, das sei so. Die Moderatorin meint dazu, er könne den Kontakt zu ihr suchen, um Fragen dann selbst an sie zu stellen. Der Tagrotschwanz. Die Stare. Die Wildgänse. Zahlreiche Stellungnahmen zum einen oder anderen Aspekt. »Tschuldigung, da bin ich noch nicht zufrieden«, hakt der Mann in der ersten Reihe nach. Das hier ergebe ein »ganz anderes Bild als das, was Frau [Nachname] hier macht«. »Ich höre da gar keinen Widerspruch«, erwidert der Experte, hier seien keine Vögel. Außerhalb ja: »Die werden nicht gestört«. Er spricht in der gleichen Lautstärke wie vorher. Eine leichte Unruhe ist ihm anzusehen, er wirkt ein bisschen fahrig, angestrengt, bleibt aber gewissenhaft und freundlich bei der Beantwortung der Fragen. Der Bereichsleiter für das Themengebiet Stadtentwicklung klinkt sich ein: das Gutachten werde im nächsten Schritt ja ausgelegt, dann können die Verbände wieder Stellung nehmen. Er hat eine ruhige Art zu sprechen und klärt hier die Situation. [...] »Wo sind jetzt nochmal die Hebel?«, fragt nun der Anwohner aus der ersten Reihe und fragt tatsächlich nach einem Rat, wo die Anwohner_innen jetzt noch ansetzen können. Der Bereichsleiter steht auf und platziert sich vorn. »Wir geben uns Mühe, dass die Situation von ÖPNV und Fuß- und Radverkehr verbessert wird – das ist ja das, was Sie sich wünschen [...] Es ist nicht so, dass es dann keine Baugenehmigung gibt, so ehrlich muss man sein.« Die Frage-Antwort-Runde geht weiter. [...] Der Mann aus der ersten Reihe meint anerkennend und fast schon kollegial bezüglich eines Themas, dass ich nicht mehr korrekt erinnere: »Wir hätten uns gefreut, wenn wir einen richterlichen Präzedenzfall gefunden hätten – haben wir leider nicht« sowie »aber im Moment haben wir da leider nichts gefunden«. Seine Einordnung kommuniziert er in Richtung des Bereichsleiters. [...] Es folgen Folien, die per Beamer an die Wand geworfen werden. Eine Power-Point-Präsentation der Stadt zum Flächennutzungsplan-Änderungsverfahren wird durch den Bereichsleiter vorgestellt. Weiß. Textlastig. Sehr viel Zeit und Arbeit stecken vermutlich darin. 32 Stellungnahmen hätte man eingeholt bzw. wären eingegangen. Die einzelnen Inhalte der Stellungnahme werden tabellarisch den »Abwägungsvorschlägen« der Verwaltung gegenübergestellt. Vier Stellungnahmen seien kritisch bis ablehnend gewesen, darunter auch das »Schreiben von Anwohnern des [Adressnennung] vom [Datum]«. Die einzelnen inhaltlichen Punkte werden der Reihe nach abgearbeitet. [...] Der Anwohner aus der ersten Reihe möchte Akten-

einsicht nehmen. Das »ist für uns zwar doppelter Aufwand, Ihnen Akteneinsicht zu gewähren und Sie hier zu informieren«, doch letztendlich hätten »wir [...] da nichts zu verstecken«, so der Bereichsleiter. [...] Er spricht unverändert mit seiner ruhigen, freundlichen Art und einigen rhetorischen Feinheiten: »Das Wohnen wird nicht leiser oder dunkler, aber wir halten gutes Wohnen hier auch weiterhin für möglich«. Keine hörbare Reaktion im Publikum. Auf freundliche Weise wird jeder einzelne Punkt des Anwohner_innen-Schreibens Schritt für Schritt beantwortet (demontiert). Die Anwohnerin, die sich vorhin auch schon deutlich empörte, schüttelt den Kopf und murmelt ablehnende Kommentare. Ihr fällt es sichtlich schwer, ruhig auf dem Stuhl sitzen zu bleiben. Die Anwohner_innen haben in dem Schreiben wohl auch alternative Standorte vorgeschlagen. Diese werden auf Folien zur »ergänzenden Standortprüfung« thematisiert und es stellt sich heraus, dass keiner der drei benannten Vorschläge infrage kommt – Denkmalschutzfragen, zu weit vom ÖPNV etc. »Dass das hier nicht perfekt ist, das hat auch keiner behauptet«, meint der Bereichsleiter und ich erkenne den Effekt der doppelten Verneinung erst im Nachhinein beim Protokollieren. Einer der Standortvorschläge liege in der [Name eines Schutzgebietes]. Mit einem Lächeln, das markiert, dass er auch nicht hinter allen Entscheidungen steht, meint er dazu: »Ob das jetzt sinnvoll ist oder nicht, wollen wir hier nicht weiter einschätzen«. Seine Worte führen dazu, dass es leiser wird im Publikum. Die Fragen sind für einen Moment verebbt. Zur Veranschaulichung wird die besagte Tabelle auch als Kopie (13 Seiten) an die Anwesenden verteilt. Ich nehme mir auch einen Ausdruck. (Beobachtungsprotokoll »Sportplatz Anwohner_innen«: Z. 111–222)

Die Ausführungen der Verwaltung zur Planung des Sportplatzes, zu vielfältigen Stellungnahmen und Gutachten, zu Beratungen und Antwortnahmen, sind für mich als Forschende in der Situation herausfordernd. Ohne Kenntnis des genauen Sachstandes ist es für unbeteiligte Dritte hoch voraussetzungsvoll, dem Geschehen zu folgen. Die Kommunikation zwischen Verwaltung und den teilnehmenden Anwohner_innen setzt an am derzeitigen Sachstand und ist nicht darauf ausgerichtet, etwa durch einen Blick auf den bisherigen Prozess und die Ausgangssituation, bislang Unbeteiligte abzuholen. Es scheint, als ob die Veranstaltung extra für die Initiative der Anwohner_innen organisiert ist, obwohl prinzipiell ja alle an der Planung Interessierten zur Teilnahme eingeladen sind. Das heißt die Bemühungen der Initiative, einen exklusiven Ort der Thematisierung über die Planung herzustellen, sind erst einmal grundsätzlich erfolgreich.

Das Fallbeispiel soll im Folgenden hinsichtlich der spezifischen Artikulationen des wortführenden Anwohners betrachtet werden. Bereits zu Beginn des Ausschnitts markiert er, dass Planung/Verwaltung und Initiative unterschiedliche Positionen einnehmen, letztere aber einen Status der Gleichrangigkeit in der Auseinandersetzung beanspruche – so etwa, wenn er sondiert, dass die Blendfreiheit vielleicht für ihn überzeugend sei, aber unklar bleibe, wie sich das für Tiere darstelle

(Beobachtungsprotokoll »Sportplatz Anwohner_innen«: Z. 114). Der Anwohner lenkt hier den Fokus weg von dem für sein Anliegen hinderlichen Befund der Blendfreiheit für Menschen hin zur nächsten Chance, ein Argument gegen den Bau des Sportplatzes zu platzieren. Er würdigt den Befund kurz in sprachlich eloquenter Art und Weise, um die Prüfung der Lichtfrage sodann auf den nächsten zu prüfenden Sachverhalt zu beziehen.

Der Verwaltungsmitarbeiter spricht daraufhin vom bisherigen Sachstand zur »faunistischen« Lage (ebd.: Z. 124). Dies ist sein Bericht und er kann seine Expertise kommunizieren. Dann fragt der Anwohner, ob die Begehung immer durch eine namentlich erwähnte Frau vorgenommen werde. Dabei signalisiert er, dass er nicht nur sachlich informiert ist, sondern auch die personellen Bezüge genau kennt. Die Moderatorin interveniert, indem sie auf die Expertin verweist und dem Anwohner vorschlägt, dies mit ihr weiter zu besprechen. Dies hat keinen sichtbaren Effekt in der Situation. Der Vorschlag der Moderatorin, den sozialen Ort bezüglich des Austauschs zur Frage auf sie direkt zu verlagern, scheint für den Anwohner nicht brauchbar. Es ist zuerst nicht klar, warum der Anwohner dies wissen möchte, bis sich wenig später herausstellt, dass er diese Information braucht, um den Verwaltungsmitarbeiter dahingehend zu »überführen«, dass sich seine Aussagen nicht mit denen der Expertin decken. Der Verwaltungsmitarbeiter wirkt dabei etwas unruhig. Er scheint verunsichert. Die körperliche Anspannung ist ihm zunehmend anzumerken, je öfter der Anwohner in seine Worte einhakt. Dieser etabliert damit eine exklusive Sprechersituation, einen argumentativen Schlagabtausch zwischen zwei Personen. Der Verwaltungsmitarbeiter, der deutlich jünger ist als der Anwohner, scheint aufgrund seines Alters in eine soziale Position zu geraten, die mit Selbst- und/oder Fremdzuschreibungen von weniger Erfahrung und weniger Kompetenz verknüpft ist. Ohne hier analytisch näher zu kommen, bedingen die Praktiken sozialer Differenzierung aufgrund von Alter geradezu eine Statusumkehr – souverän ist der Anwohner, der Planer reagiert. Erst der Verweis des Bereichsleiters für das Themenfeld der Stadtentwicklung beendet die Situation, dass das Gutachten im nächsten Prozessschritt der Beteiligung ja wieder ausgelegt werde und dann die Verbände wieder Zeit hätten, Stellung zu nehmen (ebd.: Z. 134–136). Der Bereichsleiter, vom Status dem Mitarbeiter höher gestellt, älter, spricht mit ruhiger, freundlicher und selbstsicherer Art. Da die Auseinandersetzung den geplanten Ablauf zu stören scheint, verweist der Bereichsleiter auf eine in der Zukunft liegende nächste Möglichkeit, im Rahmen derer eventuelle Einwände artikuliert werden können. Auch er bezieht sich auf einen anderen sozialen Ort, ähnlich wie zuvor die Moderatorin. Der Anwohner hakt nicht erneut ein und der Ablauf kann weiterverfolgt werden.

Es geht dann weiter mit den Informationen zum Status Quo der Stellungnahmen und Gutachten. Der Anwohner stellt eine Frage in Richtung der Verwaltung, die erläuterungsbedürftig ist: »Wo sind jetzt nochmal die Hebel?« (ebd.: Z. 159). Kurz darauf meint er in die gleiche Richtung bezüglich eines Arguments der Initiative:

»Wir hätten uns gefreut, wenn wir einen richterlichen Präzedenzfall gefunden hätten – haben wir leider nicht« (ebd.: Z. 175f.). Der Anwohner gibt hier Einblick in die politische Arbeit der Initiative und deren ›Waffen‹. Dazu gehört das Lokalisieren von Handlungsmöglichkeiten etwa durch Recherche oder das Einholen juristischer Expertise. Es erscheint als Taktik des kleinteiligen Sammelns verschiedenster Ansatzpunkte, um Argumente zu finden, die Deutungsmacht verleihen könnten. Gleichsam markiert der Anwohner hier das Sprechen auf Augenhöhe zwischen ihm und dem Bereichsleiter – einmal auf der Sachebene, indem er die Kompetenz der Initiative als gleichwertig zur Expertise der Verwaltung aufführt. Zugleich inszeniert er eine kommunikative Situation des symmetrischen Austauschs zwischen Gesprächspartner_innen, die ein Interesse an der Sache ohne emotionale Tangiertheit bzw. ohne artikulierte Betroffenheit verbindet. Ohne hier mehr zu wissen, scheinen die sprachlichen Praktiken des Anwohners als von seiner sozialen Position abhängiges diskursives Gewicht zu fungieren. Diese verraten nicht nur etwas über ihn, sondern auch über die impliziten Regeln der Kommunikation in der Situation: Gefordert sind emotionaler Abstand und sprachliche Gelassenheit, schwierig hingegen sind fachliche Unsicherheit oder emotionale Verwicklung (siehe dazu auch Kapitel 9 »*Doing competence*«).

Im Ergebnis der Veranstaltung werden nicht nur die Einwände der Initiative abschlägig beurteilt, sondern auch deren alternative Standortvorschläge als nicht umsetzbar abgelehnt. Für alles gibt es eine im Verwaltungsduktus vorgetragene Begründung, die im Vorfeld von Mitarbeitenden der Verwaltung fachlich vorbereitet wurde. So wird insgesamt das Bild eines »hieb- und stichfesten« Verwaltungskorpus bestätigt, in den man nicht ›eindringen‹, den man nicht ›verletzen‹ kann. Während also die Initiative nach der Strategie verfährt, kleinteilig-spezifisch Ansatzpunkte (›Hebel‹) aufzuspüren und zu artikulieren, ist die Verwaltung mit der Strategie erfolgreich, diese Punkte sorgfältig und genau aufzunehmen, zu prüfen und entlang juristisch und fiskalisch informierter Expertise (abschlägig) zu bewerten. Wer als ›Gegner‹ ernst genommen werden möchte, muss über Ressourcen zur Sammlung und Artikulation möglicher Hebel verfügen.

10.10 Gehen und nicht Wiederkommen

In den vorangegangenen Ausführungen zu Widerstand und Eigensinn von Alltagsakteur_innen ging es überwiegend um Top-down-Formate. Im Gegensatz dazu sind intermediär orientierte Formate, in denen Soziale Arbeit häufig eine aktive Rolle einnimmt, nicht fokussiert auf einen spezifischen und umkämpften Gegenstand der Aushandlung. Die Nicht-Nutzung dieser Formate steht im Folgenden im Fokus.

»Dit is do nur'n Kummerkasten!« (Beobachtungsprotokoll »Ordnung«: Z. 738), sagt eine Teilnehmerin bei einem Nachbarschaftsforum im Gespräch während der

Pause. Im Rahmen des Nachbarschaftsforums in einem von Marginalisierungsprozessen gekennzeichneten Stadtteil sollen Themen, Probleme und Ideen für den Stadtteil gesammelt und das Engagement im Stadtteil soll gefördert werden (siehe dazu auch Abschnitt 11.2 »Bespielen«). An einem sommerlichen Samstagvormittag kommen etwa achtzig Menschen in einem großen zentralen Raum im Stadtteil zusammen, darunter viele Bewohner_innen (organisiert und nicht-organisiert), aber auch zahlreiche Frontworker_innen der Sozialen Arbeit im Stadtteil (Streetwork, Jugendarbeit, GWA), Akteur_innen aus dem Quartiersmanagement, Verwaltungsmitarbeitende und einige Kommunalpolitiker_innen. In verschiedenen Themenräumen tauschen sich die Teilnehmenden aus (diese beziehen sich auf die Themen Nachbar_innenschaft, Image des Stadtteils, Ordnung und Sicherheit, Leben und Kultur, Verkehr). Die Moderator_innen in den Themenräumen betonen immer wieder die Möglichkeit und Sinnhaftigkeit des weitergehenden Engagements über die Veranstaltung hinaus. Entlang der Unterteilung der Themen in den Themenräumen sollen wünschenswerterweise Interessensgruppen aus professionellen Akteur_innen und Bewohner_innen auf freiwilliger Basis gebildet werden. Vernetzungsangebote werden gemacht, man kann sich schließlich in Listen bei Interesse an einer Weiterarbeit im Rahmen von Arbeitsgruppen eintragen. Das heißt, das Wiederkommen und Dranbleiben ist eines der wesentlichen Ziele der Veranstaltung.

Die Bewohnerin des Stadtteils, die das Forum nun als »Kummerkasten« bezeichnet, bezweifelt, dass das Format mehr kann, als nur Probleme zu sammeln. Für sie ist unklar, ob ihr die Veranstaltung etwas bringt – und auch, ob sie nochmal wiederkommen wird. Eine Form widerständiger Praxis in Situationen veranstalteter Partizipation ist das bewusste Verlassen der Veranstaltung und das intendierte Nicht-Wiederkommen bei einer nächsten Gelegenheit. So bleiben potenzielle Teilnehmende am Nachbarschaftsforum vor den geöffneten Türen interessiert stehen, wenden sich dann aber wieder ab und gehen. Dass Teilnehmende eine Veranstaltung wieder verlassen, macht sich auch bemerkbar an den Sitzreihen, die im Laufe der Durchführung immer lichter werden. Das Sich-Entziehen geschieht in Situationen veranstalteter Partizipation weitgehend geräuschlos.

Das Nicht-Wiederkommen ist eine empirisch schwer zu fassende Praxis und meint jene Erscheinungen, in denen Menschen einerseits aktiv eingeladen werden, zu einer erneuten Veranstaltung zu kommen, dieser Einladung aber nicht nachkommen. Es bestand die Möglichkeit, nicht nur am Nachbarschaftsforum, sondern auch am ersten Nachfolgetreffen der Arbeitsgruppen teilzunehmen, die sich auf dem Forum gebildet haben (siehe dazu auch Abschnitt 9.5 »*Doing (in)competence* in intermediären Formaten«). Dieses fand fünf Monate nach dem Nachbarschaftsforum an einem späten herbstlichen Freitagnachmittag statt. In der Einladungsmail zum Treffen stand, dass man herzlich »zu einem Treffen [einlade], um zu sehen, was wir bisher erreicht haben und wie es [Jahresnennung] weitergehen

kann mit vielen Ideen« (Beobachtungsprotokoll »Follow Up«: Z. 4f.). Vergleicht man die Teilnehmendenzusammensetzung von Nachbarschaftsforum und Nachfolgetreffen, so fällt der massive Einbruch bei der Zahl der Teilnehmenden insgesamt, aber insbesondere auch bezüglich der Teilnahme der Alltagsakteur_innen ohne Einbindung in bestehende Engagementstrukturen auf: Von den 17 Teilnehmenden wohnen sieben im Stadtteil, jedoch gibt es keine_n Teilnehmer_in, die nicht bereits engagiert ist. Demnach gibt es niemanden, der/die nicht in organisationale Strukturen im Stadtteil eingebunden ist. Es ist den Organisator_innen demnach nicht gelungen, soziale Kohäsion herzustellen, die Alltagsakteur_innen an den sozialen Ort des Engagements gebunden hätten. Das Sicht-Entziehen und das Nicht-Wiederkommen verweisen aus kritischer Perspektive auf den fehlenden Gebrauchswert der Veranstaltungen für die Alltagsakteur_innen. Sie deuten auf deren »Arbeit an der Partizipation« (Bareis 2012) im Sinne eines subjektiven Distanzierens von Situationen hin, in denen sich Alltagsakteur_innen nicht entlang eigener Logiken repräsentieren und reproduzieren können – mithin, von denen sie gesellschaftlich ausgeschlossen sind. Die Dimension des Nicht-Wiederkommens eröffnet zudem eine alltagsorientierte Perspektive, die weiter gefasst ist als die Nicht-Nutzung einer spezifischen Veranstaltung zu einem bestimmten Zeitpunkt. So kann es sich auch auf eine zeitlich unbestimmte Nicht-Nutzung von Partizipationsofferten im Allgemeinen beziehen. Hier kann Nicht-Wiederkommen in generalisierender Perspektive der stillen Weigerung, an Situationen veranstalteter Partizipation teilzunehmen, verstanden werden. Ebenso wie im Abschnitt 10.3 »Nicht Kommen« dargestellt, entspringen Praktiken des Gehens und Nicht-Wiederkommens einem subjektiven Eigensinn, der sensibilisiert ist für Fremdherrschaft und Instrumentalisierung. Die Perspektive des Gebrauchswerts beleuchtet weniger die äußeren Bedingungen (keine Zeit, keine Möglichkeit), die eine Teilnahme verwehren, sondern zeigt auf »den Nutzen bzw. im Umkehrschluss den Nicht-Nutzen eines Angebotes, welcher immer im Kontext der aktuellen individuellen Lebenssituation und ihrer Bedingungen zu sehen ist« (Scholten/van Rießen/Jepkens 2020: 235). Situationen veranstalteter Partizipation sind für die Alltagsakteur_innen demnach nicht gebrauchswerthaltig: sie stärken nicht die subjektive Handlungsfähigkeit, knüpfen keine neuen Netzwerke oder verbessern nicht die Zugänge zu gesellschaftlich erzeugten Ressourcen. Dass man eine Veranstaltung also als »Kummerkasten« (In-vivo) bezeichnet, ist Anlass, Wissen für die Soziale Arbeit *from below* zu generieren. Soziale Arbeit kann hier die Praxis veranstalteter Partizipation einer alltagsorientierten Kritik unterziehen, denn »[g]rade an den Strategien der Nicht-Nutzung lässt sich zeigen, wie sehr sich die Gebrauchswerthaltigkeit von einem Angebot der Sozialen Arbeit aus dem Alltag heraus begründen muss« (Herzog 2020: 269).

